

DISPUT

ISSN 0948-2407 | 67485

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE
MÄRZ 2018 2 EURO

Weiter kämpfen

Frauen dürfen seit 100 Jahren wählen. Aber die Hälfte der Welt gehört ihnen noch immer nicht. Und die steht ihnen zu. Es muss noch viel geschehen. 6

Verändern

In etlichen afrikanischen Ländern gibt es Frauenquoten für Parlamente. In Deutschland nicht. Ein Paritätsgesetz könnte für mehr weibliche Abgeordnete sorgen. 13

Selbst bestimmen

Viele Beschäftigte wollen weniger arbeiten. So kann auch Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen gerechter verteilt werden. 18



Illustration: Andreas Faust



Der Koalitionsvertrag ist geschrieben. Die Neuauflage der Großen Koalition – die den Zusatz »groß« weder inhaltlich noch arithmetisch verdient – ist auf allen wesentlichen Politikfeldern eine Enttäuschung. Sie sorgt weder für mehr Gerechtigkeit, in dem sie endlich rückverteilt, was sich die Millionäre und Millionärinnen nach vier Jahr-

zehnten Neoliberalismus angeeignet haben, noch nimmt sie sich vor, die Klimaschutzziele zu erreichen oder Mieterinnen und Mieter vor Mietwucher schützen. Und während Union und SPD die eigenen Jobs als Minister und Ministerinnen gut verteilt haben, bleiben weiterhin Millionen Beschäftigte befristet. Aber vielleicht setzt die SPD-Basis dem ja ein Ende. Mehr zum Koalitionsvertrag auf Seite 4.

Nach der Bundestagswahl ist vor der Europawahl, die ihren Schatten voraus wirft. Der Präsident der Europäische Linken, Gregor Gysi, erinnert auf Seite 20 an die Pflicht der Linken in Europa, vereint für ein soziales Europa zu kämpfen. Ein Appell, der in Zeiten wachsenden Rechtsradikalismus' nicht überhört werden sollte. Heute ist es unvorstellbar, aber bis 1918 Jahren durften in Deutschland nur Männer wählen. Das und

der Internationale Frauentag am 8. März sind Anlass für den feministischen Schwerpunkt in dieser Ausgabe, in der AutorInnen Bilanz ziehen und weitere Schritte für eine wirkliche Gleichstellung fordern. Hoffentlich braucht es keine weiteren 100 Jahre bis endlich die Berufe, in denen vornehmlich Frauen arbeiten, nicht mehr schlechter bezahlt werden.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 03/2018

VOR-GELESEN VON THOMAS LOHMEIER

NEUE REGIERUNG

Große Koalition der sozialen Ignoranz **4**

DISPUT KOMPAKT: 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Warum Clara Zetkin ein Vorbild für heutige Feministinnen ist **6**

Rechtliche Gleichstellung setzt soziale voraus **8**

Debatte: Wo stehen wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts? **9**

Frauenpolitik im rot-rot-grün regierten Thüringen **12**

Ein Paritätsgesetz würde den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen **13**

Erfahrungen mit gesetzlichen Frauenquoten in afrikanischen Ländern **14**

Interview mit den Genderbeauftragten der LINKEN **16**

Der 8. März muss Feiertag werden **17**



JEDEN MONAT AUS DEM HAUS 5 PRESSEDIENST 24 DAS KLEINE BLABLA 25 FEUILLETON 27 NEU IM KINO 29 KULTUR 30 MÄRZKOLUMNE 31

IG METALL

Gastbeitrag: Die Kampagne »Mein Leben – meine Zeit« **18**

EUROPAWAHLEN

Gregor Gysi über die Europäische Linke **20**

NOCH IMMER AKTUELL

Vor 170 Jahren veröffentlichten Karl Marx und Friedrich Engels das Kommunistische Manifest **22**

FILMFESTIVAL

Nicht vergessen: die Berlinale! **26**

RAUBFRIEDEN

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk **28**

Foto: DIE LINKE

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin **REDAKTION** Anja Krüger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 3:** 9. Februar 2018. DISPUT 4/2018 erscheint am 15. März.

Helene, was ist für dich feministisch?



Foto: Fotostudio Am Kurfürstenplatz

Mich gegen die Diskriminierung und gesellschaftliche Rollenzuweisung aufgrund des Geschlechtes in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einzusetzen. Dass Care- und Reproduktionsarbeit ihrer zentralen Bedeutung entsprechend gewürdigt werden. **Was ist für dich links?** Solidarität. Eine gleichberechtigte menschenwürdige Gesellschaft ist nur mit gerechter Verteilung von Arbeit und Care Arbeit und der Auflösung ungerechter Vermögensverhältnisse realisierbar. **Wenn du Parteivorsitzende wärst ...** würde ich mich einsetzen für Grundgesetz Art.3 Satz 2 »...die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und ... die Beseitigung bestehender Nachteile«. Dazu gehört ein Paritätsgesetz auf allen politischen Ebenen, um die politische Partizipation der Frauen sicherzustellen. **Wovon träumst du?** Dass die Gesellschaft die tollen wissenschaftlichen, kreativen Ideen und Ansätze zum Wohle aller umzusetzen, statt der zerstörerischen Jagd nach Profit und Macht anzuhängen. **Wann fühlst du dich gut?** Bei anregenden Gesprächen mit Freunden bei Spaziergängen, in Cafés, in Museen, aber auch wenn ich mich selbst künstlerisch auslebe (male, Geschenke verpacke, stricke). **Welche Rolle spielen Kunst und Kultur in deinem Leben?** Ich habe mein Abitur im musischen Gymnasium abgelegt. Wo immer ich bin, versuche ich entsprechende örtliche Angebote zu nutzen. Kunst und Kultur verbindet und sollte allen zugänglich sein **Worüber lachst du besonders gern?** Über gutes politisches Kabarett und mit lieben Menschen vor Vergnügen. **Wovor hast du Angst?** Vor der Arroganz Mächtiger, die meinen, alles kann geregelt werden und damit Zerstörung und irreversiblen Schaden an Umwelt und Natur anrichten. **Wie lautet dein Lebensmotto?** »Jedes Ding hat 3 Seiten, eine positive, eine negative und eine komische.« (Karl Valentin)

Helene Füllgraf, geboren 1956, wechselte nach einer Ausbildung zur Chemisch-technischen Assistentin in die IT-Branche. Sie ist Mitglied des KV München und im Sprecherinnenrat der BAG LiSA

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Soziale Ignoranz

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zeigt: Die Bundesregierung geht lustlos in die Nachspielzeit **VON JAN SCHLEMERMEYER**

Die neue Regierung steht – es ist die alte. Neu sind einige Personalien, zum Beispiel Martin Schulz als Außenminister, Olaf Scholz für Finanzen und Horst Seehofer als Minister für Heimat, Bauen und Inneres. Davon ist wenig Gutes zu erwarten.

Der Koalitionsvertrag sieht auf 177 Seiten 105 Prüfaufträge und die Einrichtung von 15 Kommissionen vor – rekordverdächtig beim Vertagen und Vertrösten. Die Bürgerversicherung, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen oder eine armutsfeste Rente wird es nicht geben. Dafür viele kleine Einzelmaßnahmen, oft ein Schritt vorwärts, zwei zurück. »Der GroKo 3 fehlt jede visionäre Substanz«, so die LINKEN-Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger.

Beispiel Wohnen: Zwei Milliarden Euro sollen innerhalb von drei Jahren in den sozialen Wohnungsbau fließen, das reicht für 55.000 Sozialwohnungen. Es fehlen aber fünf Mil-

»Die SPD ist auch mit ihrer Forderung nach einem Verbot sachgrundloser Befristungen gescheitert. Stattdessen hat sie sich mit einer Obergrenze abhängig von der Unternehmensgröße auf einen typischen faulen Kompromiss geeinigt«, stellt Bernd Riexinger fest. Kettenbefristungen und die Anzahl von Befristungen pro Unternehmen werden begrenzt: auf zwei Prozent in Betrieben über 250 Beschäftigten oder höchstens fünf in Betrieben bis 250 Beschäftigte. Das gilt aber nur teilweise für den öffentlichen Bereich.

Midijobs will die Große Koalition ausweiten. Das wird als Entlastung der Beschäftigten dargestellt, weil sie ja weniger Sozialabgaben zahlen müssten. Aber die Arbeitgeber zahlen auch weniger, während die Betroffenen sich auf eine Armutsrente einstellen können.

In der Rente wird der bisherige Stand beibehalten. Wer 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat soll eine Rente bekommen, die 10 Pro-

tem Kampf gegen Armut herrscht bei Schwarz-Rot soziale Ignoranz gegenüber den Ärmsten vor«, sagt Katja Kipping. Zwar wird das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben und es soll direkt in Schulen investiert werden, aber auch hier: Tropfen auf heiße Steine. Zehn Milliarden Euro sollen zusätzlich in die Bildung fließen. Das klingt gut, aber bundesweit gibt es laut GEW einem Investitionsbedarf von 34 Milliarden Euro – allein für Schulen.

Es gibt keinen höheren Spitzensteuersatz oder eine Vermögensteuer. Der Solidaritätszuschlag wird zunächst für 90 Prozent abgeschafft. Menschen mit einem Einkommen bis 18.000 Euro müssen ihn sowieso nicht zahlen. So werden die oberen Einkommen entlastet.

Die Klimaziele 2020 werden aufgegeben, für 2030 werden sie angestrebt. Dafür soll die Flugverkehrssteuer abgeschafft werden. Von Förderung des Bahnverkehr oder einer Sozial-Bahn-Card steht im Koalitionsvertrag nichts.

Fluchtursachen sollen bekämpft werden, aber der Rüstungsetat wird erhöht. Über einen Stopp von Waffenexporten findet sich nichts. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird ausgedehnt, der Familiennachzug begrenzt. Eine Obergrenze von 180.000 bis 220.000 Geflüchtete pro Jahr ist vereinbart.

Für die Union sind die geschlossenen Kompromisse verschmerzbar. In ihren Kernfeldern Wirtschaft, Finanzen und Sicherheit hat sie kaum Zugeständnisse machen müssen. Dafür übernimmt mit Horst Seehofer ein Hardliner der CSU das Innenministerium. Insgesamt ist die CSU gestärkt, die Martin Schulz bricht ein weiteres Mal sein Wort und wird Außenminister unter Angela Merkel. Mit Olaf Scholz tritt ein finanz- und innenpolitischer Hardliner in die Bundesregierung ein. Für DIE LINKE ist klar: als einzige soziale Opposition gibt es viel zu tun. ◀



Die LINKEN-Vorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping zum Koalitionsvertrag: Soziale Politik wird weiterhin in der Opposition gemacht
Foto: Martin Heinlein

lionen Wohnungen. Oder in der Pflege: 8.000 zusätzliche Stellen sollen in der Altenpflege geschaffen werden. Hier fehlen aber mindestens 40.000, in den Krankenhäusern zusätzlich 100.000 Stellen. Die Krankenkassenbeiträge sollen wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Beschäftigten getragen werden. Bürgerversicherung? Fehlzanzeige. Stattdessen soll eine Kommission bis 2019 eine gemeinsame Honorarordnung für Kassen- und Privatpatienten vorbereiten. Ausgang unklar.

zent über dem regionalen Existenzminimum liegt. Viele – besonders Frauen – kommen aber nicht auf die 35 Beitragsjahre. Eine verbesserte Mütterrente gibt es, falls das Geld reicht. Für benachteiligte Rentnerinnen und Rentner im Osten wird ein Hilfsfonds eingerichtet: Almosen statt Gerechtigkeit.

An der Armut von Hartz-IV-Beziehenden und ihren Kindern ändert sich nichts, auch die vorgesehenen 25 Euro mehr Kindergeld werden ihnen abgezogen. »Statt engagier-

Die Jahreswende 1918/1919 markierte einen bedeutenden Einschnitt in der deutschen Geschichte: Die Novemberrevolution beendete nicht nur die Monarchie, mit ihr wurde auch das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für Frauen durchgesetzt. Dafür hatten Generationen von Frauen erbitterte Kämpfe geführt – gegen eine Haltung, die Frauen in den privaten, häuslichen Bereich verwies und die öffentliche, politische Sphäre als exklusive Männerdomäne betrachtete. Was hat sich in 100 Jahren getan? Zu wenig! Heute stellen Frauen im deutschen Bundestag gerade einmal 31 Prozent aller ParlamentarierInnen Frauen verdienen heute in Deutschland durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer. Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind Frauen und damit ohne eigenständige Existenzsicherung – Altersarmut ist damit programmiert. Und noch immer sind Frauen mit alltäglichem Sexismus und männlicher Gewalt konfrontiert.

Unter der Parole »Power To The Polls« gingen Ende Januar diesen Jahres über eine Millionen Frauen in den USA auf die Straße. Sie mobilisierten gegen die Angriffe der Trump-Administration auf Frauenrechte – und für eine machtvolle Antwort darauf bei den Kongresswahlen im Herbst.

Ihre Forderungen richteten sich gegen Diskriminierung und männliche Gewalt und sexuelle Übergriffe. Sie engagierten sich für das Recht auf Abtreibung und kämpften für existenzsichernde Löhne, faire Arbeitsbedingungen, ein bezahlbares Gesundheitssystem und wandten sich gegen Altersarmut. Mit der Offensive des Rechtspopulismus droht nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und in Deutschland ein frauenpolitisches Roll-back. »Die klassische Familie muss wieder zum gesellschaftlichen Leitbild erhoben werden. ... Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen,

beispielsweise das Gender Mainstreaming, sind sofort zu beenden«, forderte beispielsweise der AfD-Politiker Bernd Höcke. Für die AfD-Rheinpfalz ist „die Dreikinder-Familie ... eine biologische und logische Notwendigkeit, ... um die Bevölkerungsgröße konstant zu halten.« Wir müssen uns die Frage stellen, warum solche rückwärtsgewandten Parolen und Position in Teilen der Gesellschaft verfangen? Eine Erklärung liegt darin, dass die globale Offensive des Neoliberalismus zwar mit einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen verbunden war, aber statt mit ökonomischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom Mann ist die Erwerbstätigkeit für viele Frauen mit erzwungener Teilzeitarbeit, nicht existenzsichernder prekärer Beschäftigung und Doppelbelastung verbunden. Sorgearbeit, die früher von Frauen als Hausarbeit unentgeltlich geleistet wurde, wurde zu schlecht bezahlter (Frauen-) Arbeit. Oftmals wird sie in Form von Schwarzarbeit von MigrantInnen ausgeübt. Wenn im Mainstream der Politik aber hauptsächlich über die Repräsentanz von Frauen in Führungspositi-



HARALD WOLF

Es hat sich zu wenig getan

onen von DAX-Unternehmen diskutiert wird, wenn die Akzeptanz von Vielfalt unter dem Schlagwort »Diversity« zum Managementkonzept für betriebswirtschaftliche Optimierung und die Förderung individueller Karrierechancen verkommt und wenn das Elterngeld die Gutverdienenden begünstigt, hat dies wenig mit der Lebensrealität der meisten zu tun. Die Gleichstellung der Geschlechter droht so als Eliteprojekt missverstanden zu werden. Hier findet der Rechtspopulismus seinen Anknüpfungspunkt für das Zurück zum traditionellen Familien- und Rollenverständnis.

Aus diesem Grund müssen wir feministische Politik immer zusammen mit Klassenpolitik denken.

DIE LINKE steht für die Gleichstellung der Geschlechter, und die Gerechtigkeit für Frauen in der Gesellschaft, wie keine andere Partei. Mit unserer Kampagne »100.000 Pflegekräfte mehr« kämpfen wir für die Aufwertung »klassischer Frauenarbeit«. Wir setzen uns ein für eine neue Arbeitszeitpolitik, die die ungleiche Arbeits- und Zeitverteilung zwischen den Geschlechtern überwindet. Wir kämpfen für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Nur so wird es möglich, die Erwerbsarbeit in der Gesellschaft, aber auch die Sorge- und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Fotos: Erich Wehnert, DIE LINKE



Feministische Fußstapfen

Sozialistische Emanzipationsbewegung und Klassenkampf: Warum Clara Zetkin ein Vorbild für heutige Feministinnen ist **VON FRIGGA HAUG**

In diesem Land steht eine wie keine andere für den Kampf um die demokratische und soziale Teilhabe von Frauen: Clara Zetkin. Aber Moment, war nicht Clara Zetkin diejenige, die, wie übrigens auch Rosa Luxemburg, die Frauenfrage ganz und gar der Klassenfrage unterordnete? War nicht sie es, die in ihrer Zeitschrift Gleichheit und ihr ganzes Leben lang dafür agitierte, dass die Frauen in den Kampf der Arbeiterklasse eingereiht würden? Die dafür den Internationalen Frauentag ins Leben rief, über dessen Tradierung ebenfalls Widersprüchliches zu sagen wäre? Die Frau also, die, sehr vereinfacht gesprochen, für die Frauen der sogenannten bürgerlichen Frauenbewegung nichts übrighatte, eine »Schrulle«, wie Rosa sagte, »auf Sand gebaut«, wie Clara spottete?

Widersprüche

Ich wiegte mich die ganzen Jahrzehnte meiner politischen Arbeit über im Vorurteil, dass sie trotz Herausgabe der Gleichheit und ihrer Reden an Frauen eine einseitige Klassenkämpferin gewesen sei, von der wir Heutigen nichts gewinnen könnten. Woher hatte ich eigentlich mein Urteil? Ich habe früher mal geprüft, ob ich sie zu unseren Schulungstexten im Sozialistischen Frauenbund hinzufügen sollte, und mich dagegen entschieden. Aber das ist mehr als 40 Jahre her. Neue Lektüre ist dringlich. Ich nehme die Broschüre zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung – die meisten Texte 1905 geschrieben, aber spät, 1928 noch verschärft. Und da steht es, wie ich es in Erinnerung habe: Die bürgerliche Frauenbewegung hat Klassencharakter und zwar den falschen, sie ist »eine ernste, gefährliche Macht der Gegenrevolution. Mit ihr kann, darf es keinen Kompromiss, keine Bundesgenossenschaft geben, sie muss geschlagen werden, damit die proletarische Weltrevoluti-

on siege«. Als ich 2013 den Clara-Zetkin-Frauenpreis der LINKEN für mein Lebenswerk überreicht bekam, war ich zunächst unsicher. In diese Fußstapfen sollte ich treten?

Ich verschaffe mir also einen Überblick. Ich lese Spiegelonline. Die Entscheidung war richtig, denn hier ist die Fundgrube, in der ich die Widersprüche finde, die mich nicht mehr loslassen. In wenigen groben Strichen wird der Zement gemischt, der den Antikommunismus des vorigen Jahrhunderts auf ewig festhalten soll. »Parteisoldat, radikal, autoritär, heißblütige Revolutionärin, kaltgestellt, an der Kremllmauer am Roten Platz beigesetzt, Stalin und Molotow trugen die Urne.« – Da sind die Zutaten überreichlich beisammen, die noch einmal Hass und totale Ablehnung aufrufen. Das kleine Wozu steht auch da: Sie ist »Ikone der Linken noch heute.« Der Artikel erschien zum 75. Todestag 2008. An ihm lässt sich gut studieren, wie der herrschende Konsens gebraut wird, mit welchen Gefühlen er spielt und wo also eingegriffen werden müsste.

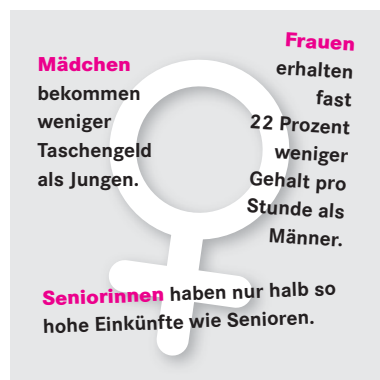
Ein Beispiel: Dort lese ich, Clara Zetkin eröffnet 1932 als Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags die konstituierende Parlamentssitzung; sie plädiert für eine Einheitsfront gegen den Faschismus, was ihr »die KPD-Führung diktiert«, der sie sich »gefügt« habe. Hier stimmt nichts. Es fehlt, dass ihr Plädoyer für

die Einheitsfront gegen die Auffassung der KP-Führung ihr gerade den Vorwurf der Rechtsabweichung eingebracht hatte, sodass ihre Rede weder diktiert noch sie selbst fügsam sein konnte. Aber der Autorin, Tania Puschnerat – die selbst über Zetkin habilitierte – reicht die Verurteilung der über Siebzigjährigen nicht. Für die Feministinnen unter uns folgt der Verdammungssatz: »Sie war bis 1908 die populärste Theoretikerin der sozialistischen Emanzipationsbewegung. Deren These lautete im Wesentlichen: Die proletarische Frau hat sich – ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung – von ihrer Mangelhaftigkeit zu befreien und sich durch Selbstfindung zur adäquaten Partnerin des revolutionär gestimmten Mannes heranzubilden.« Gegen die bürgerliche Frauenbewegung sei sie gewesen, weil sie »einem autonomen Lernprozess der Frauen nicht traute«.

Keine Phrasen

Ich gehe solch unverschämte billiger Hetze im Spiegel nicht weiter nach, sondern mache mich auf den umgekehrten Weg, eine andere Zetkin aus der Abfallgrube des alten Antikommunismus zu rekonstruieren.

Zeichnen wir also in groben Strichen ein anderes Zetkinbild: Sie ist eine hinreißende Rednerin. Zu Versammlungen, auf denen sie spricht, kommen Tausende. Immer setzt sie an alltäglichen Fragen an und verfügt neben einem großen Pathos über die Gabe, sich in die Menschen hineinzusetzen und ihnen so eine Sprache zu geben. Sie glaubt an das, was sie spricht und gewinnt so das Vertrauen der vielen. Sie vertritt nicht immer das Gleiche, vor allem keine bloßen Phrasen, aber ihre durchgehende Haltung und Parteinahme gelten der unbedingten, auch innerparteilichen Demokratie. Das macht sie unbeliebt bei all denjenigen, die sich weniger der sozialistischen Sache verpflich-



Clara Zetkin: »In der Theorie sind die Genossinnen schon gleichberechtigt, in der Praxis aber hängt der Philisterzopf den männlichen Genossen noch ebenso im Nacken wie dem ersten Spießbürger.«



tet fühlen, als um Macht und Posten ringen.

Aber wie sieht sie ihre Frauenpolitik? Zunächst: Sie fordert, keine gesonderte Frauenpolitik zu machen, weil Frauenfragen Menschheitsfragen seien. Frauen seien als Geschlechtswesen anders als Männer, und als Menschen den Männern gleich. Dementsprechend sucht sie die Lebensbedingungen für Frauen so zu verändern, dass sie Zeit für eigene Entwicklung, fürs Lernen, fürs Politikmachen selber erstreiten und begreift »die moderne Frauenbewegung [als] Ausdruck für das Ringen der Frau nach der Entfaltung und dem Ausleben der Persönlichkeit. Naturgemäß musste diese Bewegung einsetzen mit einer Rebellion, einem

Auflehnen gegen die Gemeinsamkeit, als deren Glied die Frau vor allem in Betracht kam, mit der Rebellion gegen die Familie«, da bisher »das Leben der Frau im Zeichen der Unterordnung unter die Familie« gestanden habe. Sie entwendet den Ausdruck »daheim«, auch für das Leben außerhalb des Hauses und kritisiert zugleich das bürgerliche Frauenbild. Aber die »Frau ist ›begehrlich‹ geworden. Sie will nicht unter dem Manne dienen, sondern neben ihm, mit ihm vorwärts schreiten, hohen Zielen entgegen. [...] Sie beansprucht, in seiner Welt heimisch zu werden und ihm im Heim eine Welt zu erschließen.« Gegen Lenins Verdikt, die deutschen Frauen sollten sich für die Revolution, statt für die sexuelle Frage und Sigmund

Freud engagieren, protokolliert sie ihre Entgegnung: dass »die sexuelle Frage und die Ehefrage unter der Herrschaft des Eigentums und der bürgerlichen Ordnung vielgestaltige Probleme, Konflikte, Leiden für die Frauen aller sozialen Klassen und Schichten erzeuge. Sie will das »Recht der Frau, über sich selbst zu verfügen.« Sie ruft dazu auf, Kämpfe um Zeitverfügung und um die Verallgemeinerung der fürsorgenden Arbeiten auch auf Männer zu führen, dass sie mehr menschliche Seiten entwickelten: »Erschließt die Berufstätigkeit der Frau die Welt, so gibt sie dem Manne das Heim zurück.« Beide Persönlichkeiten würden bereichert, sodass auch »die Entfaltung des Mannes und die Möglichkeit vielseitigeren Auslebens für ihn« begünstigt werde. Sie plädiert für die »allgemeine Bildung aller, die als Menschen geboren sind, zu allem, was menschlich ist.«

Sie lebte für die sozialistische Politik, die sie immer mehr nicht ohne feministische auffassen konnte, und die sie praktisch gegen eine Art passiven Widerstand der antifeministischen Parteimänner erstritt. Sie schreibt und redet praktisch bis zu ihrem Tode, da sie fast nicht mehr sehen, nicht mehr laufen kann – zuweilen wird sie in einem Sessel auf die Rednertribüne getragen – und aus Schwäche kaum noch Stimme hat.

Was für ein Vorbild für uns, die wir feministische Politik in der LINKEN machen, ist Clara Zetkin. Sie verteidigt gegen alle Intrigen und Verleumdungen auch in der Parteiführung das Recht auf Kritik. »Vertrauen ist ohne scharfe, offene Kritik der Fehler und Mängel unmöglich.« »Internationale Disziplin und Solidarität sind nicht gleichbedeutend mit dem kritiklosen Beifallsklatschen und dem blinden Parieren, das auf selbständiges Urteil verzichtet.« ◀

Frigga Haug ist eine der wichtigsten VordenkerInnen des marxistischen Feminismus

Kein Grund zum Zurücklehnen

Soziale Garantien als Demokratiepauschale. Warum rechtliche Gleichstellung soziale Gleichheit voraussetzt **VON KATJA KIPPING**

Es klingt wie ein schlechter Scherz: »Nicht zum Falten der Wahlzettel sind die Hände der Frauen geschaffen, sondern dafür geküsst zu werden, ehrfurchtsvoll, geküsst, wenn es die Hände der Mutter sind, voll inniger Liebe, wenn es die der Ehefrauen und Verlobten sind: ... bezaubern und Mutter sein, dafür ist die Frau geschaffen.« Diese Worte hat der französische Senator Alexandre Bérard bei einer Debatte ums Frauenwahlrecht zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Besten gegeben. Sie stehen exemplarisch für ein Argumentationsmuster, wonach die Beteiligung an der Politik der weiblichen Natur widerspreche. Mit dieser Auffassung stand er lange Zeit nicht allein.

In dem feministischen Klassiker »Das andere Geschlecht« gibt die Schriftstellerin Simone de Beauvoir einen Überblick über Einwände gegen das Frauenwahlrecht: Es hieß, die Frau würde ihren Charme verlieren, wenn sie wählte. Sie beherrsche doch den Mann auch ohne Stimmzettel. »Der Platz der Frau sei das Heim; politische Diskussionen würden zu Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten führen.« Dass heute solche Argumente nicht mehr ziehen, sondern nur diejenigen diskreditiert, die sie aussprechen, ist das Ergebnis langer harter Kämpfe.

Zwischen der Forderung nach dem Frauenwahlrecht in Olympe de Gouges' Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte von 1791 und der Einführung im letzten Land Europas, 1984 in Lichtenstein, liegen fast 200 Jahre. Es ist ein großer Sieg der Frauenbewegung, dass im Laufe des 20. Jahrhunderts weltweit Frauenrechte wie das Wahlrecht errungen worden. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, besteht die Herausforderung darin, dafür zu sorgen, dass Frauen weltweit diese Rechte tatsächlich wahrnehmen. Leider gibt es keinen Grund, sich beruhigt zurückzulehnen.

Im Deutschen Bundestag sind 69 Prozent aller Mandate von Männern



Erschöpfte Jungs: Bernd Rixinger und Genossen nach einer Aktion zum internationalen Frauentag 2017. Auch in diesem Jahr verteilen LINKE am 8. März Blumen und Informationsmaterial mit unseren Forderungen für die Pflege. Wir wollen 100.000 zusätzlichen Stellen in Kliniken schaffen Foto: Martin Heinlein

besetzt. Frauen stellen deutlich seltener den Betriebsratsvorsitz als Männer. Demokratische Teilhabe findet ja nicht nur alle vier Jahre in der Wahlkabine statt. Offensichtlich ist es nicht so, dass die rechtliche Gleichstellung automatisch dazu führt, dass Frauen sich genauso politisch einmischen wie Männer. Die Ursachen dafür sind tief in die Geschlechterverhältnisse unserer Gesellschaft eingeschrieben. Damit Frauen demokratisch teilhaben können, sind soziale Grundlagen erforderlich. Dazu gehören eine wohnortnahe Kinderbetreuung und Ganztagschulen ebenso wie eine Umverteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

Die fehlende politische Teilhabe hat Folgen: Noch immer gibt es den Paragraphen 218: Schwangerschaftsabbruch ist nur unter bestimmten Umständen nicht strafbar. Die Frauenärztin Kristina Hänel wurde zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt, weil sie auf ihrer Homepage über Abtreibungsmethoden informierte.

Politische Teilhabe setzt soziale Teilhabe voraus. So liegt die Wahlbeteiligung in sozial schwächeren Regionen deutlich niedriger als in jenen

mit hohen Einkommen. In Branchen mit hohen Einkommen organisieren sich deutlich mehr Frauen in Gewerkschaften als in Niedriglohnbereichen. In Deutschland sind Frauen überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Jede dritte alleinerziehende Frau bezieht Hartz IV. Frauen verdienen durchschnittlich immer noch 21 Prozent weniger als Männer. Das liegt unter anderem daran, dass sie viel häufiger in Teilzeit und in schlecht bezahlten Jobs arbeiten, zum Beispiel in der Pflege. Da der Anteil der von Armut gefährdeten Menschen in Deutschland insgesamt steigt, kommt es nicht nur zunehmend zu einer Öffnung der sozialen, sondern auch der Demokratieschere. Dies trifft vor allem: Frauen.

Rosa Luxemburg nannte die sozialen Garantien des Lebens als Voraussetzung für die Teilhabe eines jeden an der Gesellschaft. So wirkt die sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro, die wir fordern, auch wie eine Demokratiepauschale. Sie kann die Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen und insbesondere Frauen es leichter haben, sich politisch einzumischen. ◀

Vieles erreicht, vieles fehlt

Wo stehen wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts? Und wie kommen wir weiter?
SECHS AUTORINNEN ANTWORTEN

Christina Kaindl: Kämpfe gehören zusammen

Das allgemeine Frauenwahlrecht wurde von den sozialistischen Frauen auf die Tagesordnung gesetzt. Und es ist kein Zufall, dass es unmittelbar nach der Revolution 1918 und der Ausrufung der Republik eingeführt wurde. Die bürgerliche Frauenbewegung war Anfang des 20. Jahrhunderts noch mit einem eingeschränkten Frauenwahlrecht zufrieden gewesen. Sozialistinnen wie Clara Zetkin wollten das volle Wahlrecht für die Frauen – und sie machten deutlich, dass es damit nicht getan ist: Die Revolution ist nicht zu haben ohne die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, das Recht auf Ehescheidung und eine Schulreform. Soziale Gerechtigkeit, freie Entscheidungen über das eigene Privatleben, ein Bildungssystem, das soziale Nachteile ausgleicht und nicht verstärkt – diese Kämpfe gehören zusammen. Viele dieser Kämpfe führen wir heute noch. »Ich kann nicht glauben, dass ich immer noch gegen diesen Mist protestieren muss«, steht auf dem Schild einer älteren Frau, das sie auf einer Demonstration für das Recht auf Abtreibung trägt. Frauen bekommen oft für dieselbe Arbeit weniger Lohn. Und Berufe, in denen Frauen arbeiten, werden systematisch schlechter bezahlt: Vergleichen wir die Arbeit in der Pflege und anderen sogenannten »personennahen Dienstleistungen«, im Handel und Verkauf und in den privaten Haushalten. Aber gerade diese Frauen lassen sich das nicht mehr gefallen: Die ErzieherInnen, VerkäuferInnen, Beschäftigte in Pflege und Gesundheit haben in Deutschland einige der entschlossensten Arbeitskämpfe der letzten Jahr geführt. Sie nehmen sich das Wort, erheben ihre Stimme, gehen sogar auf die Bühne und schreiben Gedichte über ih-

re Erfahrung. Die amerikanische Gewerkschaft der Krankenschwestern hat sich an den Protesten gegen die WallStreet und die Wirtschaftskrise eingemischt und eine »Robin Hood Steuer«, eine Finanztransaktionssteuer gefordert. Kompetent dafür seinen schließlich nicht nur die (meist männlichen) Finanzexperten »Wir können sorgen« (We know how to care) war ihr Slogan. Wer sich täglich um die Menschen kümmert und das kaputte Gesundheitssystem aus erster Hand kennt weiß, wie es besser geht. Für alle. Viele Menschen aus der Pflege sind in DIE LINKE eingetreten, und das ist gut. Frauenbefreiung und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Christina Kaindl ist Leiterin des Bereichs Strategie/Grundsatzfragen der LINKEN

Daphne Weber: Zeit der Bosse ist vorbei

Ausgerechnet der 1. Weltkrieg hat den Beweis erbracht, dass Frauen in keiner Weise auf das männliche Geschlecht angewiesen sind. Sie haben



Foto: DIE LINKE

die Fabriken geschmissen, die Kommunen verwaltet und weiterhin die Kinder erzogen. Ein eigenes aktives und passives Wahlrecht konnten die Patriarchen ihnen nicht mehr verweigern. Zusätzlich zum Inkrafttreten des Frauenwahlrechts wird auch

das preußische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft. Es besagte, dass die Stimmen der unteren 80 Prozent der Bevölkerung genauso viel Gewicht haben, wie die der oberen 4 Prozent. Was für ein Fortschritt zur politischen Gleichberechtigung von Klassen und Geschlechtern! Die große Veränderung des ausbeuterischen Wirtschaftssystems und die Zerschlagung des Patriarchats durch eine Entscheidung an der Wahlurne sind seit her allerdings ausgeblieben.

Heute wird politische Mitbestimmung wieder zum Privileg der Besserverdiener. Das liegt 1. daran, dass Geringverdienerinnen und Hartz IV-Empfängerinnen immer seltener wählen. 2. Reiche mehr Einfluss auf die Politik haben und Konzernlobbyismus, einschließlich Hausausweis zum Bundestag, an der Tagesordnung ist. Parteien wie CDU, FDP, AfD und SPD nehmen außerdem freimütig Spenden aus der Wirtschaft an und werden damit bestechlich für das Kapital. 3. werden politisch unliebsame Aktivistinnen überwacht und kriminalisiert, wie G20-Protest und die nachträgliche Öffentlichkeitsfahndung eindrucksvoll gezeigt haben. Von der wörtlichen Bedeutung: »Herrschaft der Armen«, ist die parlamentarische Demokratie der BRD meilenweit entfernt. »Könnten Wahlen etwas ändern, würde man sie verbieten«, schrieb Rosa Luxemburg und hält uns vor Augen, dass Wahlrecht nicht ausreicht.

Die internationale Frauenbewegung ist noch nicht fertig mit der Welt. Wir müssen die Forderung nach Demokratie weiter treiben: Parlamentarische Demokratie ohne ökonomische Gleichheit, ohne gerechte Arbeitsverteilung kann nicht das Ziel unserer Bemühungen sein. Demokratische Mitbestimmung in allen, auch wirtschaftlichen Bereichen und Umverteilung von Reproduktions-Arbeit sind wesentliche Kämpfe von Feministinnen im 21. Jahrhundert. Wir wollen nicht durch eine Quote auf

unproduktiven Managerposten eines Konzerns ruhig gestellt werden. Wir wollen den ganzen Konzern für alle, die darin arbeiten! Nicht nur die Zeit der männlichen Manager ist abgelaufen, sondern die der Bosse des Kapitals überhaupt. ◀

Daphne Weber ist im Bundesvorstand des Studierendenverbandes Die Linke.SDS

Helin Evrim Sommer: Nicht jede darf wählen

»Ich habe das Gefühl, es wird immer nur über mich entschieden und ich kann mich nicht einbringen. Seit über 20 Jahren lebe ich in diesem Land und gehöre doch nicht wirklich dazu.« Aleyna Yildiz ist in der Türkei geboren, hat drei Kinder und engagiert sich in einem deutsch-kurdischen Frauenverein. »In meiner Arbeit sehe ich immer wieder die Probleme von geflüchteten Frauen. Ich habe viele Ideen um die Situation zu verbessern, aber es gibt keine Möglichkeit für mich, politisch mitzugestalten.« So wie Aleyna geht es über 4,5 Millionen Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund. Sie dürfen weder bei der Bundestagswahl noch bei der Kommunalwahl teilnehmen. Das Problem: Sie haben keinen deutschen und auch keinen EU-Pass. Sie sind aber durchschnittlich bereits seit 19 Jahren im Land, arbeiten hier und zahlen Steuern. 3,5 Millionen EU-Staatsangehörige haben immerhin das kommunale Wahlrecht. Rund acht Millionen Menschen insgesamt haben kein Wahlrecht bei Bundestagswahlen, obwohl sie ihren Lebensschwerpunkt haben.

Das ist ein eindeutiges Demokratiedefizit. Politische Wahlen würden höchst wahrscheinlich anders ausgehen. Gerade Themen wie Mindestlohn, Schulsystem und Ausbildung betreffen Migrantinnen und Migranten konkret in ihrem Lebensalltag.

Doch sie haben kein Mitbestimmungsrecht, können nicht für ihre Rechte eintreten. Vor allem Frauen zählen zu den Verliererinnen, da in den Familien oft noch patriarchalische Strukturen fortwirken. Das politische Wahlrecht könnte Frauen auch dazu verhelfen, ihre eigenen Interessen selbstbewusster und öffentlich zu vertreten. Sie engagieren sich bereits oft gesellschaftlich in Vereinen und Initiativen, können aber nicht an politischen Entscheidungen teilhaben, die auch Einfluss auf ihr Leben haben. Natürlich betrifft dieses Problem auch Männer mit Migrationshintergrund.

DIE LINKE hat bei der letzten Bundestagswahl als einzige im Bundestag vertretene Partei ein Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gefordert. Für uns ist das Wahlrecht zu einer Selbstverständlichkeit geworden, dass uns gar nicht mehr bewusst ist, dass es Millionen Menschen in diesem Land gibt, die nicht wählen dürfen. ◀

Helin Evrim Sommer ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN



Foto: DIE LINKE

Monika von der Lippe: Ein Drittel ist zu wenig

Die frühen Internationalen Frauentage waren vom Kampf um das Frauenwahlrecht geprägt – dieses wurde

im November 1918 eingeführt. Frauen gehen ebenso häufig zur Wahl wie Männer, aber es gibt einen bedeutenden Unterschied: Sie sind weit seltener selbst Abgeordnete. Das gilt auf allen Ebenen: Ausgerechnet in diesem Jubiläumsjahr sind wir mit einer erstmals gesunkenen Frauenquote im Bundestag konfrontiert. Verantwortlich dafür sind vor allem Parteien ohne quotierte Listen. In einigen Landtagen und den Kommunalparlamenten sind noch weniger Frauen vertreten. Noch immer gibt es Kommunalparlamente ganz ohne Frauen. Bei Einzelwahlen haben es Frauen ebenfalls schwer – es gibt kaum Oberbürgermeisterinnen und Landrätinnen, Frauen werden weit seltener als Direktkandidatinnen aufgestellt. Das ist deswegen bedenklich, weil die Politik ganz konkrete Entscheidungen über das Lebensumfeld trifft. Ganz gleich, um welche Tragweite es dabei geht – wenn man will, dass unterschiedliche Perspektiven einfließen, unterschiedliche Bedürfnisse erfüllt werden, wenn man Gleichberechtigung verwirklichen will und wenn man auf direkte Interessenvertretung setzt, dann muss man sich für eine vielfältige Zusammensetzung aller Parlamente einsetzen! Das passive Wahlrecht für Frauen allein hat dazu leider bisher noch nicht in ausreichendem Maße geführt, ein Drittel Frauen im Durchschnitt ist deutlich zu wenig. Ich sehe vier Aspekte, über die wir in diesem Zusammenhang sprechen sollten: 1. Freiwillig tut sich nichts, das sehen wir bei Frauenanteilen in Führungspositionen. In vielen Bundesländern wird deshalb in diesem Jahr darüber diskutiert, ob quotierte Listen für alle Parteien künftig verpflichtend sein sollen, um zur Wahl zugelassen zu werden (Paritätsgesetz). Andere Länder mit vorgegebenen Frauenquoten wie Frankreich oder Polen zeigen, dass das funktioniert. 2. Es gilt, Frauen und Mädchen zu stärken und

sie individuell zu unterstützen, sich politisch einzumischen, zum Beispiel mit Mentoringprogrammen. 3. Rahmenbedingungen müssen politisches Engagement für alle besser ermöglichen (Busfahrpläne an Sitzungstermine anpassen, Kinderbetreuungskosten während Sitzungen übernehmen, Aufwandsentschädigungen erhöhen). 4. Besondere Zielgruppen brauchen besondere Aufmerksamkeit: Frauen mit Behinderungen oder Migrantinnen beispielsweise dürfen nicht mehr vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie brauchen Zugang zu besonderer Unterstützung, um ihre Interessen vertreten zu können. ◀

Monika von der Lippe ist Landesgleichstellungsbeauftragte in Brandenburg

Silke Veth: Mehr feministische Politik

Eine tiefe Verbeugung vor allen, die dafür gekämpft haben, dass Frauen seit 100 Jahren auch in Deutschland wählen dürfen. Es war ein Kampf, der Hand in Hand ging mit den Forderungen nach Bildung, sexueller Selbstbestimmung und Umverteilung von Lohnarbeit und Haus- wie Sorgearbeit. Ohne sie alle würden Parlamente, Supermärkte und Familien, würde die Belegschaft der Rosa-Luxemburg-Stiftung heute wahrscheinlich anders aussehen. Die Gegenwart zeigt jedoch, dass einmal eingefahrene Siege nicht für immer gelten: Die antifeministischen Sprüche der AfD wie ihr sensationell geringer Anteil von Parlamentarierinnen sprechen Bände. Gleichzeitig war das vergangene Jahr aber auch das der Women's Marches in den USA, der imposanten Demos in Buenos Aires und Istanbul zum 8. März und des Widerstands gegen das Abtreibungsverbot in Polen. Es ist Bewegung geraten in das Kampffeld Feminismus, das dürfen wir als linke FeministInnen nicht verschlafen! Wir müssen diesen Geburts-



Foto: DIE LINKE

tag zum Anlass nehmen, uns wieder mal neu aufzustellen und dieses Mal radikaler denn je – im Sinne eines Feminismus, der in seinen Formen, Forderungen und durch seine VertreterInnen inklusiv ist, der ein Feminismus der Vielen, für Jede und Jeden ist und unser derzeitiges Problem überwindet, dass Feminismus eher ein bürgerliches Projekt der Wenigen zu sein scheint.

Dafür braucht es neue und mehr politisch Aktive, Menschen, die in Bewegungen, in Gewerkschaften, in unserer Partei, im Stadtteil, in der Kommune, in den Parlamenten feministische Politik machen. Die Fähigkeit dazu, sich politisch einbringen zu können, die Entwicklung einer feministischen Haltung, die dann auch die Glaubwürdigkeit und die Durchhaltekraft im politischen Raum ausmacht wie auch das notwendige Wissen – das zu vermitteln, ist die Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Große Geste, praktisch bedeutet das, mit einer feministischen Grundhaltung an die Konzeption jeglicher Bildungsarbeit heranzugehen: sei es bei der Besetzung von Podien, der Auswahl von AutorInnen, dem Andocken unserer Bildung an den Alltagserfahrungen derer, die teilnehmen, der Mehrsprachigkeit von Angeboten oder auch dem Standardangebot guter Kinderbetreuung. Und das als Arbeitsplatzbeschreibung aller, die für Politische Bildung eingestellt sind: von Ökonomie bis Strategie, von Frieden bis Organisierung. Anders ist dem frei zitierten Fazit aus unserem Evaluationsbericht des vergangenen Jahres: »Unsere Durchschnittsteilnehmer*in ist männlich, über 50, hat Hochschulabschluss und hört sich gerne Vorträ-

ge an« auch in weiteren 100 Jahren nicht beizukommen. ◀

Silke Veth, leitet die Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Naomi Yuval: Kein Schnee von gestern

Seit Jahrhunderten werden Frauen diskriminiert, ausgeschlossen und klein geredet. Frauen durften in Deutschland nicht wählen, bis am 12. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten das Frauenwahlrecht verkündete. Das ist erst 100 Jahre her, trotzdem kommt mir das Frauenwahlrecht ganz selbstverständlich vor. Aber das ist es nicht. In Ländern wie Saudi Arabien oder Burtei dürfen Frauen bis heute nicht wählen. In der Schweiz durften Frauen in einem Kanton erst 1990 wählen. In Deutschland gibt es den Gender-Pay-Gap und es fehlen Frauen in Führungspositionen. Es gibt es nur vier Prozent hauptamtliche Bürgermeisterinnen. Man würde denken, dass heute genügend Frauen im Bundestag sitzen, um die weibliche Bevölkerung zu vertreten. Aber nein, 2017 wurden in den Bundestag nur 30,9 Prozent Frauen gewählt. Das ist der niedrigste Anteil seit 20 Jahren. Wir müssen also weiter für Frauenrechte kämpfen. Schnee von gestern ist der Kampf der Frauen um ihre Rechte jedenfalls nicht.

Für mich ist selbstverständlich, dass Frauen genauso viel verdienen müssen wie Männer. Aber das ist nicht so. Sie verdienen 21 Prozent weniger als Männer. Das gilt auch für mich. Ich denke, wenn die Hälfte der Parlamentarier Frauen wären, gäbe es schon wirksame Gesetze, um solche Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Deswegen fordere ich eine 50 Prozent-Quote für Frauen im Bundestag. ◀

Naomi Yuval, 15 Jahre, Schülerpraktikantin im Karl-Liebknecht-Haus



Sehr dicke Bretter bohren

Was ist in einem Bundesland an Gleichstellungsinitiativen möglich?
Über LINKE Frauenpolitik in Thüringen **VON HEIKE WERNER**

Der Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen sieht als Ziel der Frauen- und Gleichstellungspolitik für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags zwei Komponenten vor: struktureller Diskriminierung entgegenzuwirken und Gleichstellung zu gewährleisten.

Auch 20 Jahre nach Verabschiedung des ersten Gleichstellungsgesetzes in Thüringen sind Frauen benachteiligt: im Erwerbsleben, in der

te. Eine Landesregierung darf vom Bund erwarten, dass an diesen Stell-schrauben gedreht wird. Insbesondere zur Rentenangleichung Ost-West ist die Thüringer Landesregierung mehrfach im Bundesrat tätig geworden. Auch zum Entgeltgleichheitsgesetz haben wir Änderungsanträge eingebracht, um dessen Wirksamkeit zu erhöhen.

Aber die Länder haben ohnehin eine eigene Verantwortung. Wenn wir in diesem Kontext über moderne linke Frauen- und Gleichstellungspolitik reden, denke ich an die bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege, mehr Frauen in Führungspositionen oder Gewaltschutz für Frauen und Kinder. Ich möchte im Folgenden einige Beispiele anführen, was wir erreichen konnten.

Frauen in Thüringen wollen Familie und Erwerbstätigkeit. Sie wollen für ihre Kinder, Partner und anderen Angehörigen da sein, insbesondere, wenn diese alt oder pflegebedürftig sind – die Familienarbeit aber partnerschaftlich verteilen. Die Gesellschaft braucht – gerade angesichts des demografischen Wandels – Frauen und Männer, die sowohl Familie leben als auch im Beruf stehen. Thüringen setzt deshalb auf eine gute Vereinbarkeit. Unter Federführung meines Ministeriums kooperieren Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der »Thüringer Allianz für Familie und Beruf«. Auch unser »Landesprogramm für Familien« steht für bedarfsgerechte familienunterstützende Leistungen in den Kommunen.

Was ist mit Equal Pay? Auf Landesebene setzt sich Thüringen unter anderem bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Chancengleichheit sowie gleiche Bezahlung von Männern und Frauen ein. Das Thüringer Vergabegesetz schreibt diese explizit vor.

Im Jahr 2017 hatte ich den Vorsitz der 27. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minis-

ter, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) inne. Eine wesentliche Aufgabe habe ich darin gesehen, Anreize für mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und die in vielen Bereichen existierende Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben abzubauen. Die Bekämpfung der Altersarmut von Frauen war ein weiterer Schwerpunkt. Auch dieser 27. GFMK ist zu verdanken, dass jetzt endlich Bewegung in den Abbau der Benachteiligungen von in der DDR geschiedenen Frauen gekommen ist.

Mentoringprogramm

Wir wollen in Thüringen den Anteil von Frauen an den Führungskräften in der Landesverwaltung erhöhen, da sie nach wie vor unterrepräsentiert sind. Seit Mai 2017 findet dazu ein ressortübergreifendes Mentoringprogramm mit einer Dauer von 18 Monaten statt. Es enthält Qualifikationsmodule, individuelle Coachings und Hospitationen. Der Frauenanteil an den Führungskräften der obersten Landesverwaltung liegt derzeit bei 33 Prozent. Über den höchsten Anteil verfügt mein Ministerium mit 44 Prozent. Beim Abbau der Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben beispielgebend zu sein, auch das ist für mich linke Frauenpolitik.

Um den Opfern häuslicher Gewalt besser helfen zu können, haben wir im November 2017 eine Koordinierungsstelle auf Landesebene eingerichtet. Dadurch wird die Wirksamkeit des Gewaltschutzes weiter erhöht.

In einem Gleichstellungsbericht, der am Ende der Wahlperiode erscheint, ziehen wir dann wirklich Bilanz: Wie wirksam war linke Frauen- und Gleichstellungspolitik in Thüringen seit Dezember 2014! ◀

Heike Werner ist Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Thüringen



LINKE Frauenministerin: Heike Werner
Foto: www.photograph-erfurt.de

Sorgearbeit, in den Alterssicherungssystemen. Grundsätzlich gilt, dass wirkliche Gleichstellung nur über die Veränderung von Normen und Werten in der Gesellschaft erreicht werden kann. Gerade linke Frauen- und Gleichstellungspolitik bedeutet deshalb – das weiß ich nicht erst seit Übernahme meines Amtes –, besonders dicke Bretter zu bohren. Die meisten damit zusammenhängenden Themen sind Querschnittsaufgaben. Dazu müssen – das habe ich schnell gelernt – Verwaltungen offen sein für das Geschehen in anderen Bereichen.

Doch was ist in einem einzelnen Bundesland überhaupt möglich? Die großen Stellschrauben liegen in der Hand des Bundes. Dazu zählen Entgeltgleichheit, Mindestlohn und Ren-

Die Hälfte der Sitze

Das bloße Recht, sich als Kandidatin für ein politisches Mandat aufstellen lassen zu können, reicht nicht. Es braucht die Pflicht, Frauen aufzustellen **VON CORNELIA MÖHRING**

Die Frauenrechtlerin Olympe de Gouges erinnerte bereits 1791 mit ihrer Erklärung der Frauenrechte daran, dass die Deklaration der Menschenrechte die Hälfte der Menschheit außen vor ließ. Am 18. November 1910 wurden hunderte Frauen, die in London für das Frauenwahlrecht protestieren wollten, stundenlang von der Polizei angegriffen, mehrere von ihnen starben an den Verletzungen.

Am 8. März 1911 gingen mehr als eine Million Frauen zum ersten internationalen Frauentag auf die Straße. Ihre Forderung: »Heraus mit dem Frauenwahlrecht!«

Ende 1918 wurde Frauen in Deutschland zum ersten Mal das passive und aktive Wahlrecht verliehen. Im Januar 1919 wurden schließlich 37 Frauen in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Das entsprach damals einem Anteil von 9 Prozent. Kein unbeachtlicher Auftakt. Doch in den bald 100 Jahren, die folgten, konnte diese Quote noch nicht einmal um 30 Prozent gesteigert werden. So gehören aktuell dem 19. Deutschen Bundestag 218 Frauen an – gerade mal 31 Prozent.

In den kommunalen Parlamenten sieht es noch schlechter aus. Hier liegt der Frauenanteil im Schnitt unter 30 Prozent. Auf Landesebene bildet Baden-Württemberg das Schlusslicht mit einem Frauenanteil im Landtag von 24,5 Prozent. Alle anderen Landesparlamente bewegen sich zwischen 25 und 35 Prozent – mit Ausnahme von Thüringen, in dessen Parlament 40 Prozent Frauen sitzen.

Auch im Betriebsrat Nachholbedarf

Frauenanteil in Belegschaften und in Betriebsräten (in Prozent)

Belegschaft	42,4
Betriebsrat	38,9
Betriebsratsvorsitz	26,9

Quelle: WSI



Foto: DIE LINKE

Obwohl Frauen ihr aktives Wahlrecht mittlerweile fast im selben Maße wie Männer wahrnehmen, finden sie sich also noch immer nicht in gleichem Maße in der politischen Arena des Parlaments und in Ämtern wieder. Das gleiche Recht, sich wählen zu lassen, führt eben noch nicht zu den gleichen Möglichkeiten für Frauen und Männer, dieses Recht auch in Anspruch nehmen zu können.

Frauen werden nicht mehr aktiv aus dem Politikbetrieb ausgeschlossen, die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen verunmöglichen ihnen aber noch immer gleichberechtigte Teilhabe: Politische Arbeit in Parteien und Institutionen braucht Zeit und sie braucht einen selbstbewussten Umgang mit den männlich geprägten Strukturen. Häufig fehlt es Frauen an beidem oder verständlicherweise auch an der Lust sich diesem kulturellen Umfeld auszusetzen und anzupassen.

Auch die schlechtere Bezahlung von weiblicher Erwerbsarbeit und die geschlechtliche Arbeitsteilung, die Frauen neben der Erwerbsarbeit noch immer den Großteil der unbezahlten Haus- und Sorgetätigkeiten zuweist, führen dazu, dass es überwiegend Frauen an eigenen ökonomischen und zeitlichen Ressourcen mangelt. Sexistische Stereotype und Vorurteile verstärken dies. Die faktische Möglichkeit, sich in Parteien und Institutionen politisch einzubringen, ist damit deutlich eingeschränkt. Dazu

kommen männerbündisches Verhalten und Sitzungszeiten, die nur ohne Sorgeverantwortung gehen.

Es braucht also mehr, als das bloße Recht, sich als Kandidatin aufstellen lassen zu können. Es braucht vielmehr eine Pflicht, Frauen aufzustellen und einen kulturellen Umbruch in der parlamentarischen politischen Praxis. Ein paritätisches Wahlrecht, also die Verpflichtung der Parteien, Wahllisten und Wahlkreise in Deutschland paritätisch nach Geschlecht zu besetzen, kann dafür ein Mittel sein.

Eine solche Quote würde Parteien im besten Fall dazu zwingen, die Strukturen zu ändern, die Frauen faktisch davon abhalten, sich politisch zu betätigen. Es würde sie zwingen, darüber nachzudenken, wie Menschen Politik machen können, die nicht der unsichtbaren männlichen Norm eines von allen sonstigen Verpflichtungen entbundenen Menschen entsprechen. Die Mitglieder der Parteien müssten sich der Frage stellen, wie der eigene Sexismus angegangen werden kann. Es müsste eine neue »Währung« für die Anerkennung und Bedeutung der Akteure und Akteurinnen parlamentarischer Arbeit ausgehandelt werden.

Familienfreundliche Sitzungszeiten, die ernsthafte Öffnung für eine Politik, die an den Interessen von Frauen ansetzt und Formate und Kommunikationsstrukturen, die Partizipation erleichtern sind erste Schritte, die auf allen Ebenen angegangen werden müssen: Vom Kreisverband, über die Landesbezirke bis zu bundesweiten Strukturen. Und diese Schritte würden nicht nur Frauen darin stärken, in den Parlamenten für ihre Rechte einzustehen, sondern sie würden auch helfen, festgefahrene Mechanismen für eine neue und solidarischere Politik zu öffnen. ◀

Cornelia Möhring ist frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag

Afrika macht's vor

Etlliche afrikanische Länder haben Frauenquoten für ihre Parlamente eingeführt. Ruanda hat weltweit den höchsten Anteil weiblicher Abgeordneter **VON KATRIN VOB**

Afrika ist der Kontinent, auf dem Frauenrechte am wenigsten gelten. Auf der Weltkarte mit dem Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit der UN ist Afrika der Kontinent mit den meisten tiefroten Flächen – die einen hohen Grad an fehlender Gleichberechtigung signalisieren. Aber Afrika hat auch eine andere Seite. In vielen Ländern gelingt es Frauen, sich politisch einzubringen und patriarchale Strukturen zu durchbrechen – mit Hilfe der Quote.

Eine der Errungenschaften der Unabhängigkeitsbewegungen afrikanischer Länder ist das Recht auf freie Wahlen. Mit der Abschaffung der kolonialen Strukturen wurde in allen Ländern Subsahara-Afrikas ein Wahlsystem geschaffen, das es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglicht, an Wahlen teilzunehmen und für parlamentarische Ämter zu kandidieren. Die Rechtsgrundlage macht keine Einschränkungen in Bezug auf die Geschlechter. Doch in der Realität sind Frauen in fast allen Ländern wenig politisch vertreten.

Verfassung geändert

Die weltweite Statistik zeigt einen Gesamtfrauenanteil in nationalen Parlamenten von 23,5 Prozent. Der Anteil von Frauen in den Parlamenten in Subsahara-Afrika liegt bei 23,7 Prozent. Zum Vergleich: In Europa liegt er bei 35,2 Prozent. Die Spitze des weltweiten Vergleichs der Frauenstärke in Parlamenten führt ein afrikanisches Land an: Ruanda belegt mit einem Frauenanteil von 61,3 Prozent Platz eins, Deutschland Platz 45.

Die Gründe für den hohen Frauenanteil in Ruandas Parlament sind vielschichtig. Eine wichtige Rolle spielen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Hutu und Tutsi, bei der mindestens 800.000 Menschen getötet wurden. Als Folge dieses Völkermordes 1994 waren die

Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung Frauen. Sie machten etwa siebenzig Prozent der Bevölkerung aus und spielten auch in der Vermittlung des Konflikts eine wesentliche Rolle.

Trotzdem bekamen 2002 Frauen nur 26 Prozent der Sitze im Parlament. Danach wurde die Verfassung geändert: Nun muss es einen Mindestfrauenanteil von dreißig Prozent bei allen Regierungspositionen mit Entscheidungsgewalt geben, in-

immer weiter ein und beschränkt die Meinungs- und Pressefreiheit massiv – trotz der vergleichsweise vielen Frauen in verantwortlichen Positionen. So liegt die Annahme nahe, dass Kagame mit einer progressiven Frauenpolitik eigene diktatorische Züge zu verschleiern versucht, um westliche Investoren nicht zu verprellen.

Einmal gewonnene Macht können Frauen auch wieder verlieren. Die Frauen aus der Demokratischen Ara-

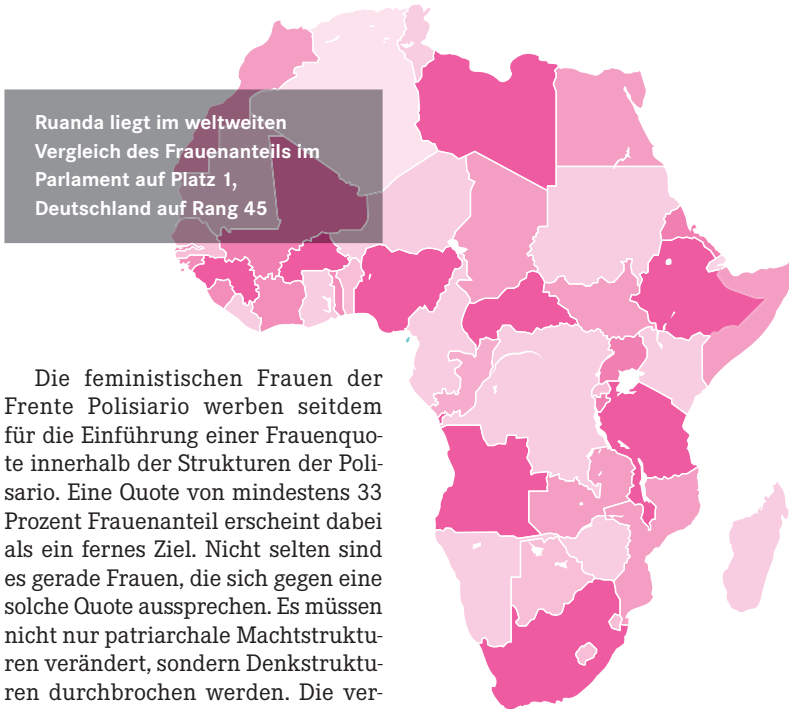


Früher waren die Frauen in der Westsahara Teil der politischen Führung des Landes, dann kamen die Männer aus dem bewaffneten Kampf zurück und drängten sie zurück Foto: Katrin Voss

klusive der obersten Gerichtskammer. Diese Änderung trug dazu bei, dass sich bereits etablierte Frauen vernetzen konnten und Geschlechtsgenossinnen in die Politik nachziehen konnten. Aber: Es ist Ruandas Präsident Kagame, der das durchgesetzt hat und mit der jüngsten Verfassungsänderung versucht, sich eine »Präsidentschaft auf Lebenszeit« zu sichern. Kagame engt mit starker Hand den demokratischen Spielraum

bischen Republik Sahara (Westsahara) und deren politischer Vertretung, der Frente Polisario, waren einst Teil der politischen Führung des Landes. 1976 zogen die Männer in den bewaffneten Kampf, um die von Marokko besetzten Gebiete zurück zu erobern. Mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1991 kehrten die Männer zurück, verdrängten die Frauen und übernahmen überwiegend wieder die politischen Geschäfte.

Ich abonniere DISPUT



Die feministischen Frauen der Frente Polisario werben seitdem für die Einführung einer Frauenquote innerhalb der Strukturen der Polisario. Eine Quote von mindestens 33 Prozent Frauenanteil erscheint dabei als ein fernes Ziel. Nicht selten sind es gerade Frauen, die sich gegen eine solche Quote aussprechen. Es müssen nicht nur patriarchale Machtstrukturen verändert, sondern Denkstrukturen durchbrochen werden. Die vereinbarte Frauenquote in der Frente Polisario liegt gegenwärtig bei 12,5 Prozent.

Vorbild Senegal

In Kenia gibt es zwar eine gesetzliche Quote, nach der mindestens ein Drittel der Parlamentsmandate auf Frauen entfallen muss. Aber sie wird nicht eingehalten. Zunächst waren dort Frauen überhaupt nicht in parlamentarischen Strukturen vertreten. Mit der Unabhängigkeit 1963 und den damit verbundenen ersten freien Wahlen schaffte es nicht eine Frau ins Parlament. Es gab danach zwar immer wieder politisch sichtbare Frauen, die auch als Präsidentschaftskandidatinnen antraten. Aber sie blieben Ausnahmen. Mit der Wahl 2002 gelang es insgesamt nur vier Frauen der Sprung ins Parlament.

Die Verfassungsreform 2010 sollte Abhilfe schaffen. Damit wurde festgeschrieben, dass nicht mehr als zwei Drittel eines Geschlechts im Parlament vertreten sein dürfen. Bereits im Vorfeld der Wahlen 2013 zeichnete sich ab, dass keine der angetretenen Parteien diese Quotierung erreichen wird. Das Problem: Mit der Verfassungsänderung wurde keinerlei Handhabe zur Durchsetzung der Quotierung vorgesehen, so dass sie wirkungslos bleibt. Aktuell liegt der Frauenanteil im kenianischen Parlament bei 21,8 Prozent.

Senegal hingegen schien es mit der Einführung eines Paritätsgesetzes 2010 ernst gemeint zu haben. Geschlechtergleichbehandlung wurde nicht nur gesetzlich unverbindlich festgelegt, sondern die Umsetzung des Gesetzes wurde gleichzeitig beschlossen. Wahllisten dürfen seitdem nur geschlechtsalternierend aufgestellt werden. Die Folge: Derzeit sind von insgesamt 165 Parlamentariern 69 Frauen, was einem Anteil von 41,8 Prozent entspricht. Damit liegt Senegal, gemeinsam mit der Republik Südafrika auf Platz acht im weltweiten Vergleich des Frauenanteils.

Ungewiss ist, ob ein erhöhter Anteil von Frauen in Parlamenten zu tatsächlich größerem Einfluss in politische Entscheidungsprozesse und einer Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse führt. Ein deutlicher Anstieg an Frauen in politischen Führungspositionen ist nicht nur in afrikanischen Ländern, sondern weltweit zu beobachten. Das muss nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der Lage von Frauen führen. Die alleinige Präsenz von Frauen kann auch eine Scheinbeteiligung in weiterhin patriarchalen Machtstrukturen sein. Erfolge hinsichtlich der Gleichberechtigung von Frauen in politischen Strukturen müssen nicht mit einem Demokratiegewinn einhergehen, und sie dürfen nicht mit diesem verwechselt werden. ◀

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder

bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich künde.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Coupon bitte senden an:

Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter:
www.die-linke.de

Vor unserer Türe kehren

Die Genderbeauftragten der LINKEN **ANTJE SCHIWATSCHEV** und **VERA VORDENBÄUMEN** über Frauenquoten in der Partei, die Mühen der Ebenen und die #metoo-Debatte



Kämpferisches Duo: Vera Vordenbäumen (vorne) und Antje Schiwatschew Foto: Martin Heinlein

Anlässlich des Frauenkampftages am 8. März vergibt DIE LINKE auch in diesem Jahr den Clara-Zetkin Frauenpreis. Die Arbeit dahinter wird maßgeblich vom Genderbüro für feministische Politik in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN gemacht. Warum gibt es eigentlich ein Genderbüro?

Vera: DIE LINKE bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm dazu, eine feministische Partei zu sein und legt in ihrem Statut fest, dass es eine 50-prozentige Mindestquotierung bei sämtlichen Vorständen in allen Gliederungen, also auch Kreisvorständen gibt. Die Wahllisten müssen derselben Quotierung bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten folgen. In der Satzung ist zusätzlich eine geschlechterquotierte Doppelspitze für den Parteivorsitz festgelegt. Um diesen Anspruch umzusetzen, gibt es in der Bundesgeschäftsstelle mit dem Genderbüro zusätzliche Women-Power und Ressourcen für diese Arbeit.

Antje: Das Genderbüro besteht aus zwei Stellen. Wir organisieren neben

dem Clara-Zetkin-Preis Veranstaltungen im feministischen Bereich, unterstützen Demonstrationen und begleiten die Feministische Offensive, ein Zusammenschluss von Frauen innerhalb der Partei. Monatlich erstellen wir den Gendernewsletter, bei dem wir aktuelle feministische Themen aufgreifen. Auch in Kampagnen – wie aktuell in der Unterstützung der Ärztin Kristina Hänel bei ihrem Kampf gegen den diskriminierenden Paragraphen 219, also das Verbot, über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren – sind wir aktiv.

Wie sieht denn die Quotierung konkret in der LINKEN aus?

Vera: Bei den drei Landesregierungen, an denen wir beteiligt sind, stellen wir zehn Ministerposten. Davon sind fünf Frauen. Es gibt auch viele Frauen in den Kommunen, die ehrenamtlich tätig sind, zum Beispiel als Bürgermeisterinnen für DIE LINKE. Sie stellen gewissermaßen das Rückgrat für unsere politische Arbeit dar.

Antje: Auf manchen Ebenen der Partei, wie bei den Kreisvorständen, haben wir teilweise Schwierigkeiten, die Quotierung immer einzuhalten. Das liegt zum einen daran, dass es weniger Frauen als Männer in der Partei gibt. Aktuell sind nur 36 Prozent der Parteimitglieder Frauen – in einigen Regionen liegt ihr Anteil sogar nur bei 25 Prozent. Zum anderen braucht es auch in den Kreisen einen gezielten feministischen Blick, um mehr Frauen zu beteiligen und da fehlen manchmal schlicht die Ressourcen. Das versuchen wir gemeinsam mit den Landesvorständen zu verbessern.

Die #metoo-Debatte hat ja große Wellen geschlagen. Hat sie auch in der Linkspartei Auswirkungen gehabt?

Antje: Durch die #metoo Debatte haben auch Frauen innerhalb der Partei angefangen, über sexistisches Verhalten zu reden, was es auch leider bei uns gibt. Das war zwar auch schon vorher Thema, hat durch die öffentliche Debatte aber zusätzlich den Raum geöffnet. Wir diskutieren jetzt darüber, innerhalb der Partei auf verschiedenen Ebenen

Anlaufmöglichkeiten zu schaffen, an die sich Betroffene wenden können.

Vera: Der Kampf gegen sexualisierte Gewalt war für uns parlamentarisch und außerparlamentarisch schon lange

vor der #metoo Debatte sehr wichtig. Wir wollen jetzt unseren politischen Anspruch auch innerparteilich besser durchzusetzen. Selbstverständlich haben Sexismen in unserer Arbeit nichts zu suchen. Trotzdem ist es notwendig, dass wir bis in den letzten Kreisverband deutlich machen, dass sexistische Anmachen nicht geduldet werden. Dafür spielt die Beschwerdestelle, die wir schaffen wollen, eine wichtige Rolle.



8. März

Ein feministischer Feiertag würde Aktivistinnen würdigen, das Erreichte beklatschen und das Ausstehende anmahnen **VON KERSTEN ARTUS**

Die halbe Menschheit wird wegen ihres Geschlechts diskriminiert – trotz Wahlrecht und Gleichstellungsgesetzen, trotz Gewaltschutzkonzepten und Quotenregelungen. Aber um die größte Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, werden nur halbherzig und mit ebenso halben Verstand Maßnahmen ergriffen: Eigentums- und Machtverhältnisse werden zu wenig hinterfragt, der strukturelle Sexismus wird nicht bekämpft.

Zudem sind Rückschritte erkennbar. Dass es seit 20 Jahren nicht mehr so wenige weibliche Abgeordnete im Deutschen Bundestag gegeben hat wie nach den Wahlen im September 2017, macht beispielhaft deutlich, dass patriarchale Mauern ihre Wirkmacht immer noch besitzen. Wie Brecht einst treffsicher schrieb: Sicher ist, dass nichts sicher ist. Denn es wird weiter gehen: Rechtsradikale und Evangelikale ideologisieren mit Begriffen wie »Gender-Wahn«, »Babycaust« und »Feminazismus« gegen Freiheitsrechte von Frauen und deren Selbstermächtigung.

Kann ein Feiertag am 8. März beitragen, die Gesellschaft geschlechtergerechter zu machen? Feiertage sind gesetzliche arbeitsfreie Festtage, die Ereignisse von hohem Rang würdigen. Eine derartige Stellung haben Frauenbewegungen, Aktivistinnen und Frauenrechte bislang nicht. Die Geschichte des Frauentages, die bisherigen Erregenschaften und die Leistungen vieler Feministinnen aller politischen Milieus und weltanschaulicher Richtungen verdienen es aber, durch einen Feiertag beachtet zu werden: Es geht hierzulande um mehr als 40 Millionen, weltweit um über dreieinhalb Milliarden Menschen, für die viele Rechte immer noch nicht selbstverständlich sind.

Ein Feiertag am 8. März hätte eine starke Symbol- und Signalwirkung: Frauenrechte würden ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Politik und Bevölkerung rücken. Wie der internationale Tag der Arbeit die Bedeutung

von Verteilungskämpfen im Kapitalismus hervorhebt, würde ein feministischer Feiertag Aktivistinnen und ihre Kämpfe würdigen, an das Erreichte erinnern und das Ausstehende anmahnen – und auch die an Frauen begangenen Verbrechen – Arbeitsverbote, Unterbezahlung, Femizide, Genitalverstümmelungen, häusliche Gewalt, Abtreibungsverbote, geschlechtsspezifische Kriegsverbrechen und Menschenhandel.

Der Kampf für einen Feiertag am 8. März steht zutiefst für die internationalistische, proletarische und feministische Geschichte unserer Partei: Als historische Wurzel für die Entstehung des 8. März gelten die Proteste New Yorker Arbeiterinnen, die erstmals 1857 auf die Straße gingen und gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn demonstrierten. Fünfzig Jahre später, am 8. März 1908, traten Tabak- und Textilarbeiterinnen in den Streik und protestierten für bessere Arbeitsbedingungen, für ein Frauenwahlrecht, für kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin setzte auf der zweiten internationalen sozialistischen Frauenkon-

ferenz 1910 den Antrag durch, einen internationalen Frauentag ins Leben zu rufen. Am 8. März 1917 streikten in St. Petersburg Textilarbeiterinnen. In Erinnerung daran setzte 1921 die 2. Internationale Konferenz der Kommunistinnen den 8. März als einheitliches Datum für den Internationalen Frauentag fest. 1975 wurde er von der UNO zum internationalen Frauentag deklariert.

Im Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2017 heißt es: »Weltweit kämpfen Frauen nach wie vor um die völlige Gleichstellung. ... Um diesen Kämpfen eine besondere Würdigung zu verleihen, aber auch unseren Vorkämpferinnen und Vorkämpfern zu gedenken, wollen wir den 8. März als gesetzlichen Feiertag!«

So könnte ein Feiertag am 8. März aussehen: Festakte in Parlamenten, Demonstrationen auf der Straße, Frauenwochen in Städten und Kommunen, Projektstage in Kitas und Schulen, Andachten auf Friedhöfen und Ehrenhainen, Partys in Clubs und Hallen, Filme auf allen Kanälen wie »Grüne Tomaten«, »We Want Sex« oder »Töchter der Erde«. Eine schöne Perspektive – nicht wahr? Es ist unser Auftrag. ◀



Das Hamsterrad verlassen

Die Lebensbedürfnisse der Menschen müssen der Ökonomisierung und grenzenlosem Profitstreben entgegengesetzt werden – für mehr Zeitsouveränität **VON HILDE WAGNER**

Die gesellschaftliche Bedeutung der aktuellen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ergibt sich aus dem Streit um Arbeitszeit: Wer bestimmt darüber, wie lange und wann von wem gearbeitet wird – und was darf das Ganze kosten? Aufgeworfen ist damit nicht nur die Frage nach der Verfügungsmacht über die Arbeitszeit, sondern auch die der Verfügung über Arbeits- und Lebenschancen. Die IG Metall steuert mit ihrer Arbeitszeitkampagne »Mein Leben – meine Zeit. Arbeit neu denken« und den Arbeitszeitforderungen in der aktuellen Tarifrunde erstmals seit Jahren tarifpolitisch gegen die anhaltende zeitliche Entgrenzung von Arbeit, die Flexibilisierung nach betrieblichen Belangen und dem zunehmenden Auseinanderdriften der Arbeitszeiten von Männern und Frauen. Es geht dabei um Zeitsouveränität für die Beschäftigten, das heißt um Verfügungsrechte der Beschäftigten über ihre Zeit: um Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Das ist ein bedeutender Schritt einer Gegenbewegung zu den Trends der Entwicklung von Arbeit und Arbeitszeit, die sich in erster Linie nach Unternehmens- und Wettbewerbsprämissen richten und in deren Folge wesentliche Le-

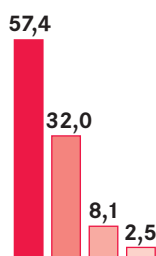
bensbedürfnisse der Beschäftigten unter die Räder zu geraten drohen.

Wie weit der Prozess der Entgrenzung von Arbeit bereits fortgeschritten ist, zeigen betriebliche Erfahrungen und Ergebnisse der Betriebsräte- und Beschäftigtenbefragungen der

Wunsch nach selbstbestimmten Arbeitszeiten

Es ist mir wichtig, meine tägliche Arbeitszeit kurzfristig an meine privaten Bedürfnisse anpassen zu können.

- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- unwichtig



Quelle: IG Metall Beschäftigtenbefragungen 2017

IG Metall 2016/2017 in aller Deutlichkeit. So dient der zeitlich flexible Einsatz der Beschäftigten nach Einschätzung der Betriebsräte zu 89 Prozent der Erfüllung von Kundenanforderungen und zu 83 Prozent ei-

ner optimalen Kapazitätsauslastung. Laut der Beschäftigtenbefragung mit 680.000 Antworten überschreiten 57 Prozent der Befragten ihre vertragliche Arbeitszeit, 27 Prozent arbeiten in ihrer Freizeit nach Kontaktaufnahme und 24 Prozent berichten von Arbeitszeiten zwischen 41 bis über 48 Stunden. Besonders belastet durch zunehmenden Leistungsdruck, lange Arbeitszeiten und Mehrarbeit sowie mangelnde individuelle Flexibilität sind Beschäftigte in Schichtsystemen und Beschäftigte mit Familienaufgaben wie Kinderbetreuung und Pflege.

Den Wünschen der Beschäftigten stehen diese Entwicklungen diametral entgegen. Zwei Drittel der Befragten wollen Arbeitszeiten von 35 Stunden oder weniger, fast die Hälfte würde eine reale 35-Stunden-Woche präferieren. Arbeitszeiten im Bereich von 21 bis 34 Stunden wünschen sich 17 Prozent der Befragten, aber nur 5 Prozent haben sie vertraglich vereinbart. Dabei sind es nicht nur Frauen, die sich für kürzere Arbeitszeiten aussprechen, auch 14 Prozent der Männer – obwohl mit nur 3 Prozent in diesem Bereich vertreten – möchten sie.

In der Realität driften die Arbeitszeiten zwischen Männern und Frauen immer mehr auseinander. Obwohl Teilzeit ohne Rückkehrrecht häufig eine berufliche und finanzielle Sackgasse ist, steigen die hohen Teilzeitquoten von Frauen weiter an. Der Wunsch nach existenzsichernder Arbeit und besserer Vereinbarkeit ist bei Frauen wie Männern riesig: Fast 90 Prozent möchten ihre tägliche Arbeitszeit kurzfristig an ihre privaten Bedürfnisse anpassen können und gut 82 Prozent sagen, dass es ihnen wichtig ist, vorübergehend ihre Arbeitszeit absenken zu können.

Dies fand Eingang in die Forderungen der aktuellen Tarifrunde der IG Metall: Neben einer Erhöhung der Entgelte um 6 Prozent geht es um ein individuelles Recht, die Wochenarbeitszeit bis zu zwei Jahre auf bis

Weniger arbeiten: Beschäftigte wollen mehr Zeit Foto: Martin Heinlein





Arbeit **besser** bezahlen, **gerecht** verteilen. Schöner **Leben**.

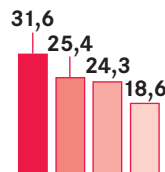
zu 28 Stunden reduzieren zu können und einen finanziellen Zuschuss für Beschäftigte mit besonderen Arbeitsbelastungen und für jene, die sich um die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftige Angehörige kümmern. Letzteres ist wichtig, damit auch Beschäftigte in unteren Entgeltgruppen sich eine Verringerung ihrer Arbeitszeit leisten können.

Mit diesem Forderungspaket werden Antworten auf mehrere Interessenlagen und Lebensbedürfnisse gegeben. Angesichts zunehmender Verdichtung, Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit benötigen die Menschen Zeit, damit Belastungen nicht überhand nehmen und die Gesundheit gefährdet wird. Arbeit bleibt wichtig, aber das Privatleben, soziale Beziehungen, Familie und weitere persönliche Interessen, etwa im Bereich von Kultur und Politik, sollen nicht einfach untergeordnet werden. Die Menschen möchten ihr Leben nicht wie im Hamsterrad verbringen, sondern auch Zeit für sich und die Gemeinschaft haben. Die Rollenbilder haben sich verändert, Frauen wollen sich nicht mehr vorwiegend um Kind und Küche kümmern und (manche) Männer möchten sich nicht mehr ganz raushalten. Zeitliche Wahloptionen und »kurze Vollzeit« können und sollen Frauen beim Einstieg in eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit unterstützen und ermöglichen Frauen und Männern eine gerechtere Verteilung auch von Sorge- und Hausarbeit. Es geht damit um Schritte in Richtung eines neuen »Normalarbeitsverhältnisses«, das die Lebensbedürfnisse der Beschäftigten in verschiedenen Lebensphasen und

ihre Orientierung an einem stärker selbstbestimmten und partnerschaftlichen Leben beinhaltet und Voraussetzungen für deren Realisierung schafft.

Die Arbeitgeber und ihre Verbände stellen sich quer. Sie fordern eine weitere Erhöhung von Arbeitszeiten und die Abschaffung bisheriger Zuschläge sowie auf der gesetzlichen Ebene ein Aufweichen der Schutzregelungen des Arbeitszeitgesetzes. Sie wollen die »Hoheit über die Arbeitszeit« nicht aus der Hand geben. Stärkere Verfügungsrechte der Beschäftigten über ihre Zeit und kürzere Arbeitszeiten mit Entgeltzuschüssen für zentrale gesellschaftliche Aufgaben sind ihnen ein Dorn im Auge. Die bekannte Macht- und Verteilungsfrage erscheint in neuem Gewand.

Ich würde gern weniger arbeiten, kann mir das aber finanziell nicht leisten.



Am Schluss der zugespitzten Tarifauseinandersetzung, in der erstmals in der Geschichte 24-stündige Warnstreiks den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, wird ein Kompromiss stehen (bei Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen noch an). Ist dieser ein Schritt in eine zukunftsweisende Richtung, indem er dem grenzenlosen Profitstreben und der Ökonomisierung der gesamten Gesellschaft eine Perspektive entgegenstellt, die mehr Zeit zum Leben – in und außerhalb der Arbeit – sowie sinnvolle und gute Arbeit für alle ermöglicht, dann wäre Ermutigendes für den weiteren Kampf um Arbeitszeit gewonnen. ◀

Hilde Wagner ist Arbeitszeitexpertin im Bereich Betriebspolitik beim Vorstand der IG Metall

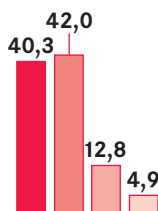
Das Ergebnis

Die Gewerkschaft IG Metall und die Arbeitgeber in Baden-Württemberg haben sich auf einen Tarifvertrag geeinigt. Die Einigung gilt als Pilotabkommen für die Branche. Der Abschluss ist sehr kompliziert. Ab April 2018 werden die Löhne und Gehälter um 4,3 Prozent steigen, hinzu kommen eine Einmalzahlung für Januar bis März und für 2019 ein Festbetrag sowie ein neues tarifliches Zusatzgeld.

In Bezug auf die umstrittene Möglichkeit zur Senkung der Arbeitszeit haben IG Metall und die Arbeitgeber folgendes vereinbart: Beschäftigte mit Kindern bis acht Jahren, zu pflegenden Angehörigen oder in Schichtsystemen können ab 2019 wählen, ob sie statt des tariflichen Zusatzgelds acht freie Tage haben wollen. Zwei Tage davon tragen die Arbeitgeber bei.

Beschäftigte können ab 2019 ihre Arbeitszeit für maximal 24 Monate auf bis zu 28 Wochenstunden absenken. Nach Ablauf des vereinbarten Zeitraums kann sich der Beschäftigte erneut dafür entscheiden. Allerdings müssen Beschäftigte, die weniger arbeiten, Lohn einbußen hinnehmen. Im Gegenzug zur Möglichkeit kürzer zu arbeiten, können die Arbeitgeber in vergleichbarem Umfang nun mehr Arbeitsverträge bis zu 40 Wochenstunden abschließen. Alternativ wählbar ist ein Modell des Gesamt-Arbeitszeitvolumens. Werden die vereinbarten Arbeitszeitbestimmungen überschritten, erhält der Betriebsrat neuerdings ein Widerspruchsrecht.

Es wäre gut, vorübergehend die Arbeitszeit absenken zu können.



Keine Formelkompromisse

Die europäische Linke muss sich als »lernende Partei« begreifen, die sich in einer solidarischen, aber auch kontrovers geführten Debatte weiterentwickelt **VON GREGOR GYSI**

Wir als linke Kräfte in Europa sind uns einig, dass wir die Austeritätspolitik der Troika nicht wollen, sondern eine Politik der öffentlichen Investitionen und des sozial-ökologischen Umbaus. Mein Appell ist, dass wir uns darauf konzentrieren, für solch ein Umsteuern Mehrheiten zu gewinnen – und uns nicht spalten lassen, auch nicht durch legitime Minderheitenpositionen in unseren Reihen.

Aber wir brauchen eine schlüssige Strategie als Europäische Linke, auch mit Blick auf die Europawahlen. Das ist angesichts des Spektrums unserer Positionen zur europäischen Integration und zur EU eine Herausforderung. Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass es gelingen kann. Wir müssen es schaffen, hierzu in den nächsten Monaten eine solidarische Diskussion zu führen, bei der ich den Appell an alle richte, sich die Argumente der anderen Genossinnen und Genossen genau anzuhören und zu verstehen, warum diese in dem nationalen Kontext, in dem sie sich gerade befinden, zu einer bestimmten Positionierung kommen.

Bei uns gibt es beispielsweise einige, die lehnen den Euro und auch die EU ab, und sagen, man müsse sie abschaffen, um ein sozialeres Europa zu erreichen. Und in der Tat, aus der Perspektive beispielsweise der südeuropäischen Jugend gibt es erstmal gute Gründe, die europäischen Institutionen abzulehnen, die ihren Ländern die knallharte Austeritätspolitik aufgezwungen haben. Europa und die EU stehen hier direkt für Sozialabbau.

Das sollte jede unkritische »pro-europäische« Haltung reflektieren, bei aller grundsätzlichen Sympathie für über den Nationalstaat hinausweisende Lösungen: Wie soll eine Spanierin oder Griechin ein positives Bild von

der EU haben, wenn annähernd die Hälfte ihrer Freundinnen arbeitslos ist, und die Troika weitere Sparmaßnahmen fordert?

Aber ich möchte auch folgendes zu bedenken geben: Die sogenannte Troika, das sind Vertreter der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank. Das europäische Parlament, das mit einer deutlich höheren demokratischen

Aber ich finde einen Rückzug auf die nationale Ebene aus mehreren Gründen nicht überzeugend.

Mir scheint es zunächst einfach nicht realistisch, schon wegen der ökonomischen Realitäten: Die Wirtschaftskraft, also das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der gesamten EU ist vergleichbar mit dem der USA. Aber die Volkswirtschaften einzelner Nationalstaaten in Europa sind viel kleiner – was im real existierenden Kapitalismus zu einer extremen ökonomischen Machtasymmetrie führt. Das kann man falsch finden, muss man aber zur Kenntnis nehmen. Wie sollen denn diese Länder auf nationalstaatlicher Ebene etwa mit den USA oder Kanada über ein faires Handelsabkommen verhandeln, was soziale Standards berücksichtigt? Ich glaube, das wäre wenig vielversprechend, sondern zum Scheitern verurteilt.

Natürlich sind wir für eine grundlegende Überarbeitung und Neuordnung der Verträge, um weitergehende soziale Fortschritte zu erreichen. Das sollten wir nie vergessen und auch Vorschläge für alternative Verträge unterbreiten. Vertragsänderungen sind aber nur sehr schwer zu erreichen. Deshalb müssen wir gleichzeitig versuchen, auf der Grundlage der bestehenden Verträge eine andere Auslegung und eine fortschrittlichere Politik zu erstreiten. Ich glaube: Ohne eine mindestens europäische Regulierung des Kapitalismus lässt sich eine Politik, die sich für die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen einsetzt, nur sehr schwer umsetzen, wenn überhaupt. Natürlich arbeiten wir längerfristig an einer Überwindung des Kapitalismus hin zu einem demokratischen Sozialismus, aber wir müssen strategische Antworten haben als Linke gerade auch zu Fragen der Zukunft Europas.



Legitimität ausgestattet ist als die Beamten der Institutionen der Troika, hat viel weniger Einfluss. Sollten wir das nicht ändern? Sollten wir die EU nicht so umgestalten, dass wir als Linke im europäischen Parlament einen europäischen Mindestlohn und ein Investitionsprogramm für die öffentliche Infrastruktur beantragen und beschließen können? Das wäre aber nicht weniger Europa, auch nicht mehr der jetzigen EU, sondern ein neues Europa. Eine andere Richtung der europäischen Integration – eine, die soziale, ökologische und demokratische Standards verbindlich macht und dadurch wenigstens eine wirkliche europäische Regulierung des Kapitalismus ermöglicht.

Meine Frage an diejenigen, die aus durchaus nachvollziehbaren Gründen skeptisch sind, was die Reformierbarkeit der EU anbetrifft: Sollen wir uns stattdessen ernsthaft auf die nationale Ebene beschränken und zurückziehen? Mir ist natürlich bewusst, dass es auch in der deutschen Linken unterschiedliche Positionen zu Europa gibt.

Sand im Getriebe!
Kann jemand mal aussteigen
und Schieben!?



Karikatur: Klaus Stuttmann

GEDANKENSTRICH

Es gibt in den EU-Verträgen auch Stellen mit sozialen Bezügen, und unsere Aufgabe ist es, diese herauszuarbeiten und der Öffentlichkeit zu erklären, dass eine soziale EU notwendig und machbar ist, wenn man die Verträge in unserem Sinne interpretierte. So gibt es Vorschläge im Umfeld der »Europäischen Wirtschaftswissenschaftler für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa« (EuroMemo-Gruppe), die darauf hinauslaufen, dass Zukunftsinvestitionen nicht zu den Schulden gezählt werden, um so die Austeritätspolitik zu umgehen. Dann wären größere Investitionsprogramme etwa in der Größenordnung von drei Prozent der Wirtschaftsleistung auch heute möglich.

Ich möchte dazu ermuntern, über die Gründe der unterschiedlichen Positionen zu Europa nachzudenken, und dann gemeinsam einen tragfähigen Kompromiss zu erreichen. Dieser muss natürlich möglichst breit angelegt sein und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen der Parteien

der Europäischen Linken widerspiegeln. Ich werbe aber bei dieser Debatte explizit dafür, keine nichts-sagenden Formelkompromisse anzustreben, in die man alles und nichts hineininterpretieren kann, sondern den ernsthaften Versuch zu unternehmen, sich politisch zu verständigen und eine grundsätzliche, fundierte und kommunikationsfähige Position zu Europa und der bestehenden EU zu erreichen. Ich glaube fest daran, dass wir das schaffen können. Natürlich werden sich alle Teilnehmenden der Diskussion bewegen müssen. Wir brauchen eine Offenheit der anderen Meinung gegenüber, und die Lust daran, diese zu verstehen, nicht zu »besiegen« in einer Kampfabstimmung. Wir müssen uns als »lernende Partei« begreifen, die sich in einer solidarischen, aber in der Sache auch kontrovers geführten Debatte weiterentwickelt. Das ist unsere Aufgabe.

Ich finde, das sind wir den Menschen in Europa schuldig – denn ohne einen gemeinsamen Kampf un-

serer politischen Familie haben wir diesen schon verloren. Ich weiß, wie schwierig die Situation in Griechenland ist, und wie unterschiedlich die Einschätzungen der richtigen Strategie selbst unter unseren Mitgliedsparteien sind. Aber mit Blick auf die Europawahl darf sich unsere politische Familie nicht von der knallharten Austeritätspolitik der Troika spalten lassen!

Wir haben die verdammt Pflicht, vereint für ein soziales Europa zu kämpfen. Ich glaube fest daran, dass wir es schaffen können, uns auf eine Position zu Europa und der europäischen Integration zu verständigen, und dann einen erfolgreichen Wahlkampf zum Europäischen Parlament zu bestreiten. Es wird nicht einfach, aber wir müssen es mit aller Energie versuchen. ◀

Gregor Gysi ist Präsident der Europäischen Linken

Die Langfassung des Beitrags unter www.die-linke.de/disput

Auch heute noch richtig

Auf die brennenden Probleme der Gegenwart gibt es im Manifest von Marx und Engels aus dem Jahr 1848 Antworten **VON PROF. DR. WOLFGANG TRIEBEL**

Keine aus der Geschichte bekannte Gesellschaftskonzeption für ein menschenwürdiges Leben aller Bürger ist jemals so massiv bekämpft worden wie das 1848 veröffentlichte »Manifest der Kommunistischen Partei« von Karl Marx und Friedrich Engels. Umso bewundernswerter ist, dass im Jahre 2013 das Manifest und Band 1 des Kapitals von Marx von der UNESCO in das »Memory of the World« (Gedächtnis der Welt) aufgenommen wurden. Dieses Register hat die Aufgabe, das dokumentarische Erbe der Menschheit zu erhalten.

Neben Goethes Werken, Grimms Märchen, Beethovens 9. Symphonie und mehr als 400 weiteren Dokumenten sind nunmehr auch das »Manifest« und »Das Kapital« im Welterbe als deutsches Denken anerkannt. Mit der Aufnahme in das »Gedächtnis

der Welt« verpflichten sich Entsendestaaten, für Erhalt und Verfügbarkeit des jeweiligen dokumentarischen Erbes zu sorgen.

Völker aller Kontinente haben seit 1848 trotz feudal wie kapitalistisch motivierter Widerstände die zukunftssträchtigen Ideen des Manifestes politisch-sozial umzusetzen versucht. Weltumspannende Zeichen setzten die Pariser Kommune 1871, die Russische Revolution 1917 und die Gründung der Sowjetunion sowie nach dem Zweiten Weltkrieg weitere sozialistische Staaten. Sie verstanden die Vergesellschaftung von Grund und Boden und einschlägiger Großindustrien als erste Schritte in den sozialen Umwälzungen ihrer Gesellschaft zur Verwirklichung der Ziele des Manifests. Das inspirierte revolutionäre Bewegungen in Asien, Afrika und Lateiname-

rika zum Sturz ihrer Kolonialherren. Alle großen politischen Kämpfe des 20. Jahrhunderts, auch die zwei Weltkriege, trugen in sich den Gegensatz von aufstrebendem Kommunismus und widerständischem Antikommunismus.

Großes Gewicht

Zum 100. Todestag von Karl Marx 1983 beschrieb der Vertreter der damaligen »Fortschrittlichen Volksfront der Seychellen« die Ausstrahlungskraft der Ideen im Manifest von 1848 auf den Kampf anticolonialer Bewegungen: »Wir haben Marx immer gekannt, wenn auch anfangs nicht durch seine Schriften. Wir haben ihn damals im Kampf unseres Volkes entdeckt, in dem Plan einer Gesellschaftsordnung, den wir in

»Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus«
Der erste Satz des Kommunistischen Manifests ist fast so berühmt wie der letzte:
»Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«
Illustration: Amin Dickler



»Die Niederlagen des Realsozialismus haben das soziale Gewicht der Visionen des Manifests für politische Problemlösungen keineswegs aufgehoben.«

uns trugen, wenn auch noch etwas verschwommen... Als wir angefangen haben, uns eingehender mit den Schriften von Marx ... zu beschäftigen, haben wir festgestellt, dass sie bereits alte Weggefährten, aber gleichzeitig voller neuer Gedanken waren. Das haben wir dann genutzt, um zu korrigieren, was zu korrigieren war, um Erkenntnisse zu festigen und weiter voranzukommen. Marx und unsere Zeit, Marx und der Frieden, Marx und der soziale Fortschritt – all das ist für uns...klar und einleuchtend.«

Die Niederlagen des Realsozialismus in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts haben das soziale Gewicht der Visionen des Manifests für politische Problemlösungen im 21. Jahrhundert keineswegs aufgehoben. In der Begründung für die Aufnahme beider Dokumente in das UNESCO-Erbe heißt es, beide Schriften sind »zwei der wichtigsten Publikationen des 19. Jahrhunderts, ... die großen Einfluss auf die Entwicklung sozialistischer, kommunistischer und anderer revolutionärer Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts« hatten. Und: »Ihr enormer Einfluss wirkt bis heute nach«. Marx ist also nicht tot, wie es 1990 Gewinner des Kalten Krieges nach der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik dünkte.

Politischer Auftrag

Die 2017 erfolgte Besinnung auf das vor 150 Jahren erschienene »Kapital« von Karl Marx hatte einen realen historischen Hintergrund. Die seit Beginn des 21. Jahrhunderts im Euro-Europa lauthals verkündete soziale Reformierung des Kapitalismus kann man als verfehlt ansehen mit Zwangsjacke für Griechenland, gestiegener Arbeitslosigkeit und Armut in Südeuropa oder dem Brexit Großbritannien. Immer mehr bürgerliche Ökonomen befragen bei der Suche nach den Ursachen dafür folge-



Foto: Archiv

richtig politisch vernünftig und wissenschaftlich redlich die Kritik von Karl Marx an der politischen Ökonomie des Kapitalismus.

Das »Kapital« von Marx von 1867 ist die wissenschaftlich-theoretische Begründung für den politischen Auftrag des Manifests von 1848 »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«. Nur eine in der Gesellschaft verwurzelte einheitlich handelnde Arbeiterklasse kann für sich und das ganze Volk eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung errichten, frei von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Zu fragen ist, welche politischen Gewissheiten von Marx und Engels im Manifest, welche der sinnvollen Erfahrungen des Sozialismus des 20. Jahrhunderts, aber auch seiner bitteren Lehren, sind im 21. Jahrhundert für die Schaffung von Institutionen langlebiger Volksherrschaftsformen politisch weiterzuführen?

Das Kommunistische Manifest wird für die Dauer des Kapitalismus viele Völker auf allen Kontinenten beschäftigen. Als Marx und Engels

es schrieben, erlebten sie vor ihren Augen die Entstehung zweier neuer Klassen, Bourgeoisie und Proletariat. Diese Klassen wurden historisch als Zwillinge geboren, bekämpften sich aber als feindliche Brüder einander sozial und politisch. Daraus leiteten Marx und Engels als allgemeingültigen Grundsatz ab: Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen! Das wollen manche auch heute noch nicht wahrhaben. Die sozialen Grenzen zwischen den Klassen und Schichten werden heute vielfach bewusst verwischt gehalten.

Grundsätze

Trotz veränderter Bedingungen betonte Engels in der Vorrede zur deutschen Ausgabe 1872, »die in diesem »Manifest« entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit« (MEW 1959, Bd. 4/573). Seit Marx wird die soziale Klassenzugehörigkeit der Menschen an ihrer unterschiedlichen Stellung zu Produktionsmitteln bestimmt. Auch dieser allgemeine Grundsatz gilt bis heute: »Eigentum verpflichtet«, Grundgesetz Artikel 14, meint privates Eigentum an Produktionsmitteln wie Grund und Boden, großen Industrien, Wasser, Energien, an Mietshäusern und anderen für die Existenz aller Menschen lebenswichtigen Gütern. Der Kommunismus kritisiert deren Nutzung zur privaten Anhäufung von Profit, nicht das Auto des Nachbarn und seine Villa.

Im 21. Jahrhundert sind Kriege und Kriegsdrohungen die Hauptprofitquellen kapitalistischer Rüstungsindustrien. Abrüstung und das Verbot von Atomwaffen sind Voraussetzung für die Lebenswelt der Menschen von heute und morgen. Auf die brennenden Probleme unserer Zeit gibt es im Manifest von Marx und Engels aus dem Jahr 1848 Antworten – man muss sie nur finden wollen. ◀

■ ■ **An alle:** Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen zu Regionalforen der LINKEN in sechs Städten. Dort wollen wir diskutieren: Was sind die Aufgaben, die Themen, die Kampagnen, die wir uns in Zeiten der Großen Koalition vornehmen? DIE LINKE hat Stimmen bei der Bundestagswahl hinzugewonnen und viele neue, vor allem junge Mitglieder sind eingetreten. Was sind die Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen? Seit der Bundestagswahl werden einige Fragen in der Partei engagiert diskutiert. Zum Beispiel, ob wir den Bezug zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, Klassen, linkem Klientel verlieren und ob unsere Verluste und Gewinne im Zusammenhang mit einigen unserer Positionen stehen. Sollten wir unsere Standpunkte im Bereich von Flucht und Asyl, Grenzen, Einwanderungsgesetz ändern, beibehalten, konkretisieren? Was folgt aus dem Rechtsruck in der Gesellschaft für die LINKE Arbeit vor Ort? Mitglieder des Parteivorstandes und die Parteivorsitzenden werden ebenfalls teilnehmen. Für Getränke und Snacks ist gesorgt. Auch Kinder sind herzlich willkommen. Es gibt auf allen Regionalforen eine Kinderbetreuung.

Die Termine:

Sonntag, 4. März 2018, München

Einstein Kultur,
Einsteinstraße 42,
81675 München

Sonnabend, 10. März Mannheim

Gewerkschaftshaus
Mannheim,
Hans-Böckler-Straße 1,
68161 Mannheim

Sonnabend, 17. März Hannover

Chéz Heinz,
Liepmanstraße 7b,
30453 Hannover

Sonntag, 18. März, Erfurt

Stadtgarten Erfurt,
Dalbergsweg 2a,
99084 Erfurt

Sonntag, 22. April, Essen

ChorForum Essen,
Fischerstraße 2-4,
45128 Essen

Sonnabend, 28. April, Berlin

Sharehaus Refugio,
Lenastraße 3-4,
12047 Berlin (Neukölln)

■ ■ **BAG Kommunalpolitik:** DIE LINKE vergibt 2018 zum sechsten Mal den kommunalen Initiativpreis »Kommune Zukunft« für Projekte, die die Entwicklung eines demokratischen, ökologi-

schen und sozial gerechten Gemeinwesens vorantreiben. Der Preis soll einen Beitrag dazu leisten, dass LINKE Kommunalpolitik sichtbar und für viele erlebbar wird. Bis zum 31. März 2018 können Be-



werbungen und Vorschläge schriftlich eingereicht werden an: DIE LINKE.BAG Kommunalpolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder per E-Mail an bag.kommunalpolitik@die-linke.de. Der kommunale Initiativpreis ist mit 1000 Euro dotiert. Alle eingereichten Projekte erhalten eine Urkunde und werden auf dem Fest der LINKEN am 23. Juni 2018 in Berlin geehrt. Weitere Informationen unter www.die-linke.de/kommunalpolitik/

■ ■ **Brandenburg:** Detlef Tabbert, LINKER Bürgermeister in Templin, ist Ende Januar im ersten Wahlgang für acht Jahre wiedergewählt worden. »Besonders freut uns, dass er bereits im ersten Wahlgang gegen drei GegenkandidatInnen deutlich mit 61 Prozent überzeugen konnte«, sagte Landesgeschäftsführerin Anja Maier. »Das gibt uns Rückenwind für die weiteren anstehenden Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen«. In Neuenhagen, im Nuthetal, Wustermark und vielen anderen Gemeinden finden in den kommenden Monaten Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen, am 22. April Landrätewahlen statt.

■ ■ **Bremen:** Die Linksfraktion in der Bremer Bürgerschaft fordert die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen. Zahlen Verurteilte eine Geldstrafe nicht, ordnen die Gerichte ersatzweise eine Frei-

CLARA-ZETKIN FRAUENPREIS 2018

DIE LINKE.

Der Clara-Zetkin-Frauenpreis wird für herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik in diesem Jahr zum achten Mal verliehen.
www.clara-zetkin-frauenpreis.de

Zur Preisverleihung in Berlin laden wir Euch herzlich ein:
Freitag, 2. März 2018, 19 Uhr
Südblock, Admiralstraße 1-2
10999 Berlin
im Anschluss Party

Meilenstein

heitsstrafe an. »Von Ersatzfreiheitsstrafen sind fast ausschließlich mittellose Menschen mit schweren persönlichen, sozialen und gesundheitlichen Problemlagen betroffen. Haft verbessert ihre persönliche Lage nicht, sondern wirkt zusätzlich stigmatisierend«, sagte Peter Erlanson, rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion. DIE LINKE hat einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, um Alternativen zu prüfen. In Bremen waren im Jahr 2017 im Schnitt jeden Tag 49 Personen wegen einer Ersatzfreiheitsstrafe in Haft.

■ ■ **Cuba Si:** Zu Besuch im Karl-Liebknecht-Haus, der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN: Enrique Ubi-



eta, Redakteur der Zeitschrift Cuba Socialista. Die Zeitschrift ist das Theorieorgan des Zentralkomitees der KP Cubas. Neben Debatten über die politische und wirtschaftliche Lage Kubas publiziert die alle drei Monate erscheinende Zeitschrift Beiträge über und Bilder von KünstlerInnen, Gedichte und Karikaturen. Genossinnen

Duschen, Haare waschen und saubere Sachen – ein schöner Dreiklang vor dem sonntäglichen Frühstück. Ärgerlich, wenn sich in den Socken dann ein Kristall Katzenstreu verfangen hat ... wie ein Kiesel in der »Sandalette« am Wandertag. Beim Socken-Umstülpen läuft das Radio im Bad, die Nachrichten und ich höre: »... ist ein Meilenstein für die moderne Arbeitswelt!« Mh, da fällt mir glatt ein Stein vom Herzen ... OK, es war eher ein Krümelchen Rollsplit. Der Meilenstein in seinem ursprünglichen Zustand war eine Distanzmessmarke, stand also als Abschnittsbevollmächtigter aus Stein an bestimmten Marken zwischen den Orten A und B. Ein Meilenstein markiert auch im übertragenen, sprachlichen Sinne eine bestimmte Marke oder Etappe auf dem Weg zum Ziel. Die Landung auf dem Mond ist ein Meilenstein bei der Besiedlung des Weltalls – obwohl es ein kleiner Schritt war.

Und heute? In unserer an Superlativen gar nicht so armen Welt, die immer höher, immer schneller, immer weiter will, und alles »the greatest« sein muss ... macht man halt aus jeder Mücke einen Elefanten – mit vermeintlich positivem Bezug. So wird ganz fix aus jeder zusätzlichen Lötstelle ein Quantensprung in der Informationstechnologie – oder aus jedem Zehntelprozent bei Tarifverhandlungen, jedem Drei-Tore-Vorsprung, ein Meilenstein.

Wenn jeder Pups zum Sturm aufgeblasen wird, wird es beliebig, langweilig und komplett uninteressant. Heben wir doch die Meilensteine für Dinge auf, die wirklich welche sind – die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist ein Meilenstein in der Geschichte der Menschheit!!! Und nicht jeder Krümel, der bei maximalem Verbal-Zoom wie ein Fels aussieht. Abschließend noch für den Bildungsauftrag: Wie steigert man »imposant«? Im-Po-Sand, Im-Hintern-Steine und Im-Arsch ... Meilensteine.

Daniel Bartsch

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

und Genossen, die Interesse an Cuba Socialista haben, können die Zeitschrift über die LINKE Arbeitsgemeinschaft Cuba Si beziehen.

■ ■ **Sachsen-Anhalt:** In Halle haben LINKE, SPD und Grüne den LINKEN Landtagsabgeordneten Hendrik Lange zum gemeinsamen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl 2019 nominiert. Der 41-jährige Diplom-Biologe ist Vorsitzender des Stadtrats. »Rot-Rot-Grün ist möglich und für uns die notwendige Antwort auf Probleme in der Stadt«, sagte Lange. Die drei Parteien wollen auch ein gemeinsames Wahlprogramm erstellen.

■ ■ **Vormerken:** Vom 13. bis zum 16. September findet in Berlin die »Linke Woche der Zukunft« statt. Neue und langjährige LINKE-Mitglieder und an linker Politik Interessierte sind eingeladen, vier Tage gemeinsam zu diskutieren, voneinander zu lernen und spannende Lesungen und Konzerte zu erleben. Im Zentrum steht die Frage nach linken Strategien für eine bessere Zukunft: Wie wollen wir leben und arbeiten, wohnen und produzieren, wie wollen wir Politik machen? Außerdem: Internationale Gäste, ein feministisches Labor, eine linke Stadtrallye, kommunalpolitische Impulse und schließlich kommen beim Kinderprogramm auch die Kleinen auf ihre Kosten.

Kein Mainstream

Die kritische Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit und regionale Vielfalt machen die Berlinale auch für Linke zu einer großen Attraktion **VON KATRIN VOSS**

Die 68. Berlinale, Berlins größtes Filmfestival, hält die Stadt in Atem. Berlins Straßen und Bahnen sind Ende Februar mit Cineasten und Filmschaffenden aus aller Welt gefüllt, die hektisch mit Berlinale Devotionalien geschmückt, zum Potsdamer Platz strömen, dem Hauptaustragungsort. Die Berlinale richtet sich, anders als andere internationale Filmfestivals, nicht nur an die kommerzielle Filmindustrie, sie ist auch ein großes Event für FilmliebhaberInnen. Jedes Jahr werden neue Besucherrekorde vermeldet, allein 2017 wurden mehr als 330.000 Kinokarten verkauft. Gezeigt werden über 300 Beiträge aus aller Welt. In den unterschiedlichen Sektionen können BesucherInnen zwischen klassischen Spielfilmen, Dokumentationen, Kurz- und Animationsfilmen, Kinder- und Jugendfilmen sowie den neuesten Kunst-Filmtrends auswählen.

Die meisten Beiträge finden keinen Filmverleih in Deutschland. Viele Filme befassen sich mit Themen, die



Berlinale 2017: LINKE bei der Premiere des Films »Der junge Karl Marx«
Foto: Eventpresse Radke

nicht dem Mainstream entsprechen und für die stark kommerzialisierte Kinobranche unattraktiv erscheinen. Aber, Achtung: Mit etwas Glück stößt man im Nachtprogramm der öffentlich-rechtlichen Sender auf einen ehemaligen Berlinale-Beitrag. Um auf gute Filme, abseits des Wettbewerbs aufmerksam zu machen, wurde der Publikumspreis geschaffen. Bei den Panorama-Filmen werden die ZuschauerInnen aufgefordert, die Filme zu bewerten und am letzten Tag der

Berlinale wird der beliebteste Spiel- und Dokumentarfilm gekürt.

Die regionale und kulturelle Vielfaltigkeit, die häufig kritische Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit und das filmische Aufgreifen sozialkritischer Themen machen die Berlinale zu einer großen Attraktion, die BesucherInnen aus der ganzen Welt nach Berlin lockt. Viele Filme beleuchten soziale Brennpunkte und führen an ferne Orte, zu denen der Zugang sonst kaum möglich ist. ◀

Anzeige


Näher dran an linken Lösungen

Was Karl Marx und andere linke Vordenker*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!



Das »nd«-
Mini-Abo
2 Monate für
49 Euro

Am besten
gleich heute
bestellen:

 (030) 29 78 18 00
www.dasND.de/disput

inklusive
»nd«-App

plus
Buchprämie



neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Glückwunsch allen Frauen, die sich im Wildwasser des Turbo-Kapitalismus nicht an unbewohnbare Ufer werfen lassen! Aber auch die Glücklichen, die einen halbwegs sicheren Job mit Vollzeit und Tariflohn haben, tragen ein enges Halsband, das ihnen als Handy oder Smartphone verkauft wurde und oft als Lasso der Firma für Überstunden und Sonderschichten missbraucht wird. Wenn doch manche Chefs mal fragen würden: Wer kümmert sich um Haus und Kinder, Einkauf und Arzttermine und wie deckt das Einkommen ihr Auskommen? Aber dann könnten ein Prozent Superreiche nicht mehr besitzen als die 99 Prozent der ärmeren Weltbevölkerung. Was der Krebschaden dieses Systems ist und beherzte Operationen verlangt. Das angeblich stärkste, größte, christlichste und demokratischste aller Weltsysteme hat zum Beispiel nicht geschafft, den Frauen, die ja die größere Hälfte der Menschheit sind, ein gleichberechtigtes Dasein neben den Männern zu sichern. Das beneidete Deutschland hat unter aktiver Mitwirkung der Sozialdemokratie in den 1960er bis 1980er Jahren nur einige Anpassungen an Ost- und Nordeuropa erreicht: Die Frauen dürfen ohne Einwilligung des Ehemannes berufstätig werden. Sie dürfen Extra-Parkplätze in den Tiefgaragen

benutzen. Sie sollen, auch mit Kindern ohne Trauschein, nicht mehr geächtet werden. Misshandlung durch die Männer soll angezeigt werden. Das Grundgesetz verspricht ihnen gleiche Rechte – aber nicht gleiche Löhne. Da werden dann viele Rechte erwürgt. Das Bundesfamilienministerium schätzt die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen auf 21 Prozent. Selbst, wo eine Angleichung ertrötzt wurde, fehlen mindestens sechs Prozent. Doch seit Juni 2018 gibt es nun ein »Gesetz zur Förderung der Transparenz in Entgeltstrukturen«. Hosi-anna!

Aber Vorsicht: Transparenz heißt nicht Ausgleich. Wenn der Betrieb über 200 Leute beschäftigt, darf nun gefragt werden, wer nach welchen Kriterien wie bezahlt wird. Private Firmenchefs mit mehr als 500 Leuten sollen selber regelmäßig prüfen, wie sich die Entgeltgleichheit entwickelt. Wer den Bericht anzweifelt, kann drei Kollegen benennen, die – trotz vergleichbarer Qualifikation und Leistung – mehr als die klagenden Frauen verdienen. Da aber fast überall eine Schweigepflicht über Lohnabkommen besteht, wären die Ehrlichen wieder die Dummen. Dann folgen die üblichen Vorwürfe: Sie hätten Mechatronikerin werden sollen. Sie haben wegen der Kinder zwei Jahre pausiert. Sie wollten doch einen Teilzeit-Job!

Die Bunderepublik hat dreieinhalb Millionen Frauen mit Minijobs. Millionen Kinder leben am Rand der Armutsgrenze. Die Kitas reichen noch immer

nicht. Die Ausbildung des Personals schon gar nicht. Wer als Mädchen auf Barbiepuppen dressiert wird, wird eher einen Model-Kurs anstreben als eine Technik-Schule besuchen. Die Mädchen haben zwar bessere Zeugnisse, aber schlechtere Chancen. In den Führungsetagen der DAX-Konzerne trifft man selten auf eine Managerin, trotz Quotengesetz. Der »Rat der Götter« bleibt unter sich. Andere Betriebe machen das etwas anders, nur eben zu selten sozial gerecht.

Wenn man bedenkt, wie viele spezielle Eingreiftruppen hierzulande die sogenannten »Gefährder« aus dem Netz der Terroristen verfolgen, dann wünschte man sich gegen die »Gefährder des sozialen Friedens« doppelt so viele Wachposten für Gauner wie Schlecker, für Karstadt bis Siemens, für Quelle bis Amazon. Die Degradierung der Frauen beginnt nicht auf der Lohnliste und endet nicht bei den faulen Witzen der Spaßmacher im Fernsehen.



Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

Frauen
mit
Halsband

Raubfrieden

Am 3. März 1918 unterzeichneten Sowjetrussland und das kaiserliche Deutschland den Vertrag von Brest-Litowsk **VON RONALD FRIEDMANN**

Am 8. November 1917, buchstäblich nur Stunden nach der Übernahme der politischen Macht durch die Bolschewiki, verabschiedete der Allrussische Rätekongress der Arbeiter, Soldaten und Bauerndeputierten das von Lenin formulierte Dekret über den Frieden. Es forderte alle kriegführenden Staaten zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf. Allen Völkern wurde das Recht zuerkannt, ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Mehr noch: Mit dem Dekret über den Frieden wurde zum ersten Mal in der Geschichte in einem offiziellen staatlichen Dokument der Krieg als Mittel zur Lösung von internationalen Konflikten verurteilt.

Im Ergebnis dieser Friedensinitiative trat am 15. Dezember 1918 ein Waffenstillstand zwischen Sowjetrussland und Deutschland in Kraft, nachdem die Kampfhandlungen bereits in den Tagen zuvor weitgehend zum Erliegen gekommen waren. Am 22. Dezember 1918 begannen in der westrussischen Festungsstadt Brest-Litowsk die offiziellen Verhandlungen über einen Friedensvertrag.

Die sowjetrussische Regierung wollte den Frieden nicht nur, sie brauchte ihn auch. Es galt, die Lage zu stabilisieren und die infolge von Krieg und Revolution niederliegende Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. So war die sowjetrussische Regierung von vornherein zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Allerdings hofften Lenin und seine Genossen auf Hil-

fe und Unterstützung von außen. Eine starke revolutionäre Bewegung gegen den Krieg insbesondere in Deutschland, so die Überlegung, würde die eigene Verhandlungsposition stärken. Der sowjetrussische Delegationsleiter hatte die Weisung erhalten, die Verhandlungen nicht zu forcieren, sondern auf Zeit zu spielen.

Das kaiserliche Deutschland allerdings wollte eine schnelle Lösung, die der militärischen Führung nicht nur erlauben würde, Truppen aus dem Osten abzuziehen und im Westen für eine »Entscheidungsschlacht« einzusetzen. Deutschland wollte auch und vor allem die Ukraine von Russland abtrennen und so den vollen Zugriff auf deren Ressourcen – industrielle Rohstoffe und Getreide – erlangen.

Am 10. Februar 1918 brach Trotzki, der seit Anfang Januar die sowjetrussische Delegation in Brest-Litowsk geleitet hatte, die Verhandlungen angesichts der räuberischen deutschen Forderungen ab. Gegenüber Lenin und der sowjetrussischen Regierung signalisierte er, dass auch Deutschland mit einem bloßen Waffenstillstand zufrieden wäre und dass es deshalb auch ohne Friedensvertrag zu keiner Fortsetzung des Krieges kommen würde. Doch war dies eine verhängnisvolle Fehleinschätzung.

Am 16. Februar 1918 erklärte Deutschland den Waffenstillstand für beendet, am 17. Februar 1918 wurden die Kampfhandlungen wieder aufgenommen. Zwei Tage später musste Sowjetrussland um Frieden bitten und der deutschen Seite mitteilen, dass es

nunmehr zur vollständigen Annahme aller Bedingungen bereit sei. »Es gibt keine Armee mehr«, übermittelte Lenin in einem Telefongespräch dem Moskauer Sowjet. Die Deutschen griffen die ganze Front an. »Wer sich von der Sache und nicht von Phrasen leiten lässt, muss Frieden schließen und im Innern die Revolution weiter festigen und vertiefen.«

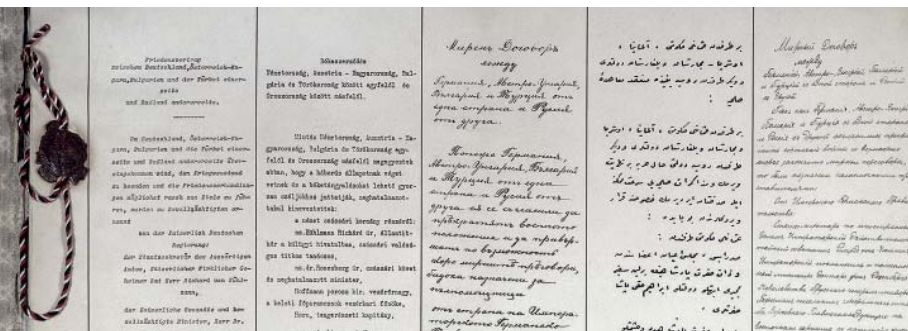
Zeit gewonnen

Die Forderungen, die Deutschland nun durchsetzen konnte, waren wesentlich dramatischer als die Bedingungen, die Trotzki noch wenige Tage zuvor als unannehmbar zurückgewiesen hatte: die Abtrennung Litauens, Polens und weiterer Gebiete des ehemaligen Zarenreiches von Sowjetrussland, die Anerkennung Finnlands und der Ukraine als selbständige Staaten, die Aufrechterhaltung des Okkupationsregimes deutscher Truppen in den besetzten Gebieten bis zum allgemeinen Frieden, der Abzug sowjetrussischer Truppen aus der Ukraine, aus Estland, Livland und Finnland und vieles mehr. Durch das Abkommen wurde ein Territorium von rund einer Million Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 46 Millionen Menschen von Sowjetrussland abgetrennt. Das Land verlor seine wertvollsten Getreidegebiete, fast alle Ölfelder, 90 Prozent seiner Kohlengruben und 54 Prozent seiner Industrie. Doch das Land gewann Zeit.

Angesichts der revolutionären Entwicklungen in Deutschland annullierte die sowjetrussische Regierung am 13. November 1918 das Abkommen von Brest-Litowsk. Mit dem Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 musste die deutsche Seite die völkerrechtliche Gültigkeit dieses Schritts anerkennen.

Das Abkommen von Brest-Litowsk blieb eine Episode. Doch es steht bis heute als Beispiel für einen »klassischen« Raubfrieden. ◀

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde in den Amtssprachen der unterzeichnenden Staaten abgefasst: in Deutsch, Ungarisch, Bulgarisch, Osmanisch und Russisch Foto: Archiv





Liebe in Zeiten des Kalten Krieges: Elisa (Sally Hawkins) mag das Amphibienwesen
Foto: Twentieth Century Fox, 2017

■ **Das Flüstern des Wassers**

Guillermo del Toros Film »Das Flüstern des Wassers« würde wohl den Test der Grafikerin Alison Bechdel zur Überprüfung stereotyper Frauenrollen im Film zumindest zum Teil bestehen. Der Test hat drei Kriterien: Gibt es mindestens zwei Frauenrollen? Sprechen die Frauen miteinander? Unterhalten sie sich über etwas anderes als Männer? Ja, in der Tat gibt es zwei Frauen, und sie sprechen nicht über einen Mann, sondern über biologische Waffen. Elisa und Zelda putzen ein hochgeheimes Forschungslabor. Es sind die sechziger Jahre, Höhepunkt des Kalten Krieges – die Systemkonkurrenten Russland und USA versuchen, sich unter und über Wasser auszustechen. Als Kind verlor Elisa ihre Stimm-

bänder. Zu ihrer Arbeit als Reinigungskraft im Hochsicherheitstrakt gehört das Aufräumen rund um das Wasserbassin, wo ein Amphibienwesen lebt. Es wurde im Amazonasgebiet gefangen, wo es bei den Einheimischen eine große Nummer war – und als Gott verehrt wurde. Nun will man den Organismus auf seine Kriegstauglichkeit hin erforschen, die Russen sollen das Nachsehen haben. Wer nicht spurt, wird mit dem Elektroschocker traktiert.

Es geht ruppig zu, der Schmutz, den die stumme Elisa wegzuschrubben hat, kommt allzu oft von schlimmen Verletzungen. Die junge Frau verliebt sich in den nassen Kollegen – kein Wunder: Jeden Morgen steigt sie mit wohligen Gefühlen aus der Badewanne. Zum Frühstück masturbiert sie. Wie erginge es ihr wohl mit einem Ge-

schöpf, das im Wasser, dort bei ihr ganz zu Hause wäre?

Es steht die arbeitende Klasse im Mittelpunkt. Labortier und Hygienepersonal handeln solidarisch und gewinnbringend. Hier haben sich zwei gefunden, die sich – stumme Frau, stummer Fisch – auf Anhieb verstehen. Sie teilen die Liebe für gekochte Eier und Jazz. Kommuniziert wird per Gebärdensprache, und Gesten machen beider Leben aus. Dies ist ein märchenhafter Film mit wunderschönen Szenen.

»Das ist doch nur eine Affe mit Fischflossen«, schreit der sadistische Sicherheitschef Strickland. Soll er doch, die Nervensäge. Letzten Endes sehen wir, wie ein unglücklicher Mann dafür Sorge zu tragen gedenkt, dass die ganze Welt unglücklich ist. Der Film findet dafür ein passendes Bild: Die Finger, die die Amphibie dem Offizier abgebissen und die man wieder angenäht hat, faulen an der Hand vor sich hin. Es ist eine Szene schlimmster Selbstverachtung, wenn er sich die Gliedmaßen wieder ausreißt. Ein grausamer Kontrast zu dem schönen Leben, von dem Elisa und das Wasserwesen gestikulieren.

Wenn auch diesmal nicht der Sozialismus über die Ausbeutung triumphiert, so doch die Liebe. Es ist anzunehmen, dass die beiden untertauchen.

→ Kinostart: 15. Februar 2018



ENTSCHEIDUNGEN
MÜSSEN
GETROFFEN
WERDEN

GELESEN VON
INGRID FEIX

DENKMAL

Zum 30jährigen Jubiläum des Mauerfalls im Jahr 2019 soll der sogenannte Mauerweg nach dem Willen der rot-rot-grünen Regierungskoalition in Berlin als einmaliges historisches Zeugnis instandgesetzt und dauerhaft gesichert werden. In Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg soll der Berliner Senat ein Konzept erarbeiten, um den Mauerweg zu erhalten und zu ertüchtigen. Ziel der gemeinsam erarbeiteten Strategie sind die Beseitigung von Schäden, die Verbesserung der verkehrlichen Erschließung und der Begeh- beziehungsweise Befahrbarkeit des Weges sowie die umfassende Herstellung der Barrierefreiheit auf dem gesamten Streckengebiet. Zum langfristigen Erhalt soll geprüft werden, ob der Mauerweg unter Denkmalschutz gestellt werden kann.

NIEDERSORBISCH

Die Landesregierung in Potsdam hat den ersten Bericht zur Lage des sorbischen/wendischen Volkes im Land Brandenburg vorgelegt. Die Minderheitenpolitik habe einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht, so die minderheitenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Anke Schwarzenberg. Doch zugleich stünden noch gewaltige Aufgaben vor der Landespolitik,

Über das späte Erscheinen von Siegfried Lenz' zweiten 1951 geschriebenen Roman und die Gründe, warum er zu Zeiten des Kalten Krieges nicht erschienen ist, wurde – auch Dank der dem Roman angefügten Dokumentation – schon viel geschrieben. Inzwischen liegt der 2016 erschienene Roman »Der Überläufer« im Taschenbuch vor. Dass die Handlung ins letzte Kriegsjahr 1944/45 führt, mag für manchen lediglich als ein Teil nachgeholtter Geschichtsschreibung gelten, aber »Der Überläufer« wirft durchaus Fragen auf, die in die heutige Zeit zielen, in der es noch immer Kriege gibt. Und der Mensch steht wohl immer wieder vor der Entscheidung, was richtig oder falsch, gut oder böse ist. Walter Proska, der Protagonist, der Held des Buches, wird als junger Soldat Teil einer abgehängten Truppe, die noch immer Befehlen gehorchend, von Partisanen und Mücken umringt das »Vaterland« verteidigen. Er lernt das Mädchen Wanda kennen und verliebt sich, wie sich herausstellt – in eine Partisanin, die den Zug, in dem er sie illegal mitfahren lässt, in die Luft sprengen will. Er sieht Kameraden an seiner Seite sterben und erschießt selbst einen Menschen, von dem sich später herausstellt, dass es der Bruder von Wanda war ... Es gibt vieles, was in dieser Geschichte als »Normalität des Krieges« aufeinandertrifft, Schreckliches, aber durchaus auch Beglückendes. Aber anders als in einem Videospiel, in dem nur das Siegen zählt, schaltet sich hier immer wieder das Gewissen ein. Und schließlich ist das der Übertritt Proskas zur Roten Armee, er hat sich nicht nur in den Feind verliebt, er ist auch noch übergelaufen. Er wollte immer das Richtige tun. Doch es gibt auch ein Danach und die entscheidenden Fragen, was ist richtig, was ist gut, stellen sich wieder neu. Man kommt nicht umhin, sich ihnen immer wieder zu stellen.

Siegfried Lenz
Der Überläufer
Roman
dtv
368 Seiten, 10,90 Euro



aber auch vor den Sorben/Wenden. Zentral sei der Erhalt der niedersorbischen Sprache, der Muttersprache der Sorben/Wenden in der Niederlausitz, die von der UNESCO als bedrohte Sprache eingeordnet wurde. Die Pflege, vor allem aber die Vermittlung der niedersorbischen Sprache in hoher Qualität, sei die zentrale Frage der Brandenburger Minderheitenpolitik, auf die die Kräfte konzentriert werden müssten.

FEIERTAG

Die Regierungen der norddeutschen Bundesländer haben sich auf die Einführung des Reformationstages am 31. Oktober als weiteren gesetzlichen Feiertag verständigt. Die endgültige Entscheidung treffen die zuständigen Landesparlamente. DIE LINKE lehnt diesen Schritt ab. Kristina Vogt, Vorsitzende der Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft stellte fest, dass an christlichen Feiertagen kein Mangel bestehe. Deshalb habe DIE LINKE frühzeitig gefordert, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus oder den 8. März als internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Gegen den Reformationstag würden auch inhaltliche Gründe sprechen, die sich aus Luthers antisemitischen Hetzschriften und seiner Rolle im Bauernkrieg ergeben würden.

Vor einhundert Jahren, am 12. November 1918, wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht ausgerufen. Den Weg bereitete

die deutsche Novemberrevolution, die zehn Tage zuvor in Kiel unter der Losung »Frieden und Brot« begann. Auch einhundert Jahre danach gilt es für Linke, den Kampf um die Gleichstellung der Frauen als Teil des Kampfes gegen die soziale Ungleichheit zu führen.

Denn nicht nur das Frauenwahlrecht jährt sich in 2018. Auch die Einkommensungleichheit ist in Deutschland heute wieder so groß wie vor hundert Jahren, wie der »Weltreport über Ungleichheit« kürzlich feststellte. Besonders betroffen davon sind auch heute Frauen: Sie erhalten doppelt so häufig Niedriglöhne wie Männer, die Kluft ist in Deutschland so groß wie fast nirgendwo sonst in Europa.

Was dies im Alltag bedeutet, kann man erfahren, wenn man sich mit unserer Genossin Petra Vogel aus Bochum unterhält. Petra arbeitet als Gebäudereinigerin in Bochum, ein Fernsehauftritt während des Bundestagswahlkampfes machte sie deutschlandweit bekannt. Im »ZDF-Klartext« konfrontierte sie Angela Merkel mit den Armutsrenten in Deutschland und ließ sie sprachlos zurück.

Wenn Petra von sich und ihren Kolleginnen spricht, wird schnell klar, was schief läuft. Harte Arbeit für einen Hungerlohn ist der Alltag der Reinigungskräfte. In rund zehn Minuten müssen sie ein komplettes Krankenzimmer putzen. Für ein Badezimmer mit Spiegel, Waschbecken, Tür, Toilette und Kacheln sind maximal vier Minuten vorgesehen.

Die Hetze ist kein Zufall: Die Reinigungsunternehmen verlangen seit Jahren von ihren Beschäftigten, schneller zu arbeiten.

Heute muss jede Gebäudereinigerin etwa doppelt so viel Fläche reinigen wie vor 30 Jahren, als Petra Vogel in der Branche anfang.

Die Löhne dagegen sind lächerlich niedrig. Selbst als Vollzeitkraft gehen die meisten mit 1.050 Euro nach Hause. Die zahlreichen Teilzeitkräf-

te bekommen höchstens 650 Euro und müssen oft aufstocken. Der Lohn für ihre harte Arbeit liegt unwesentlich über dem gesetzlichen Existenzminimum.

Wenn einer alleinerziehenden Kollegin dann beispielsweise der Herd kaputt geht, steckt sie sofort in einem Dilemma: Sie kann ihren Kindern schließlich nicht nur Butterbrote zu den Mahlzeiten anbieten, aber einen neuen Herd leisten kann sie sich auch nicht. Mit einem befristeten Vertrag bekommen diese Frauen oft nicht einmal einen Kredit für eine solche Anschaffung. Auch aus dem Sozialleben bleiben viele Frauen mit diesen Löhnen ausgeschlossen.

Als Petra vor Jahren mit Kolleginnen eine Kegelgruppe gründete, stiegen schnell die ersten wieder aus. Zehn Euro und zwei Getränke im Lokal waren selbst einmal im Monat nicht drin. Und dieses Leben wird auch nach der Erwerbszeit weitergehen.

Wenn Petra Vogel in Rente geht, hat sie 40 Jahre Vollzeit gearbeitet und bekommt dafür gerade 654 Euro. Sie weiß jetzt schon, dass sie dann aufstocken muss.

Viele ihrer Kolleginnen werden außerdem nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können. Die harte körperliche Arbeit, der Stress, die schweren Wäsche- und Müllsäcke führen oft zu Rückenproblemen und Kniebeschmerzen. Ab Mitte 50 sind viele angeschlagen, kaum jemand wird bis zum Alter von 67 im Betrieb bleiben können.

Die Kanzlerin hatte dazu im ZDF-Klartext keine Antworten. Petra sieht das so: Sie und ihre Kolleginnen werden ein Leben lang dafür bestraft, dass sie in unserem Gesundheitssystem für Sauberkeit sorgen.

Wenn wir als LINKE auch bei Themen wie Gleichberechtigung und Feminismus die Menschen besser erreichen wollen, dann sollten wir Frauen wie Petra mehr zuhören. Ich denke, »Frieden und Brot« bleiben auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts Kernforderungen der Linken.

Sahra Wagenknecht ist
Co-Vorsitzende der Linksfraktion
im Bundestag



SAHRA WAGENKNECHT

**Ungleichheit
der Einkommen
so hoch wie vor
100 Jahren**

Foto: DIE LINKE

„OHNE BEFREIUNG DER FRAU KEIN SOZIALISMUS!“

Die bürgerliche Frauenbewegung nahm an dieser Entwicklung teil. Ihr Klassencharakter trat immer klarer, unverhüllt durch die alte Phraseologie, in Erscheinung. Das erwies sich besonders in ihrer Einstellung zum gesetzlichen Arbeiterinnenschutz und zum Frauenwahlrecht, das zum »Damenwahlrecht« zusammenschumpfte. Wohl drängten »radikale« Frauenrechtlerinnen vorwärts, hinter denen die Bedürfnisse und Forderungen breiter Frauenschichten des Mittelbürgertums, der Intelligenz standen, die die Herrschaft des Großkapitals bitter empfinden. Jedoch, trotzdem wurde die bürgerliche Frauenbewegung als Ganzes in Theorie und Praxis »maßvoller«, »vernünftiger«. Sie paktierte mit alten Vorurteilen, sie stellte bürgerliches Klasseninteresse über die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Die terroristische Taktik der opferbereiten, anarchistischen Suffragetten in den Vereinigten Staaten und England im Kampfe für das Frauenwahlrecht unterstrich zwar, änderte aber nicht den Klassencharakter der Frauenrechtleri. Ungeachtet ihrer feierlichen Festgesänge internationaler Schwesterschaft und brennender Friedensliebe betätigten sich die weitaus meisten bürgerlichen Frauenorganisationen aller Länder im Namen der »Vaterlandsverteidigung« als fanatische nationalistische, mordspatriotische Durchhalterinnen des mehr als vierjährigen imperialistischen Völkergemetzels.

Seit das russische Proletariat im Roten Oktober 1917 begonnen hat, die Sturm- und Siegesglocke der proletarischen Weltrevolution zu läuten, seit unter dem Eindruck dieses größten Ereignisses unserer Zeit sich die Unterdrückten und Ausgebeuteten der noch kapitalistischen Staaten, der Kolonial- und Halbkolonialländer kettenrüttelnd, kämpfend erheben, ist allem übergeordnetes Hauptziel der bürgerlichen Frauenbewegung der Schutz, die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in der die Frauen weder ihrer Klassensklaverei noch ihrer Gesellschaftssklaverei ledig werden können. Und das, obgleich der Bund sozialistischer Räterepubliken durch die Sowjetverfassung und den sozialistischen Aufbau erhärtet, dass die proletarische Revolution die höheren wirtschaftlichen und sozialen Formen schafft, die die volle soziale und menschliche Gleichwertung und Gleichberechtigung aller Frauen aus Buchstabenrecht in blühendes Leben verwandeln. Eine Ausnahme zu der Betätigung der bürgerlichen Frauenbewegung als Macht der Gegenrevolution bildet nur die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Aus ehrlichem Pazifismus, heißer Freiheitsliebe und in vorurteilsloser Anerkennung des frauenbefreienden Werkes der russischen Revolution beben ihre besten Führerinnen nicht vor dem Nahen des Umsturzes der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch das revolutionär kämpfende Proletariat und seine Diktatur. Allein, die Liga ist nur ein kleiner Bruchteil der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die gegenrevolutionäre Macht der organisierten Frauenrechtleri beruht nicht auf der Sammlung der Bourgeoisdamen, sondern auf dem täuschenden, lähmenden Einfluss auf große werktätige Frauenmassen, deren Wollen und Handeln auf den Kampf von Geschlecht zu Geschlecht für die Reform der bürgerlichen Ordnung konzentriert wird, statt auf den Kampf von Klasse zu Klasse für die Revolution. Die bürgerliche Frauenbewegung erniedrigt diese Massen zu Kräften der Gegenrevolution. Sie nimmt bei ihrem Tun und Treiben

Conny Dahmen/Clara Zetkin

»Ohne Befreiung der Frau
kein Sozialismus!«

Manifest-Verlag, 2016
52 Seiten, 3 Euro
ISBN 978-3-96156-012-7

